

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

# Warum schweigen die Nazis jetzt?

Wie Berserker haben die Nationalsozialisten noch immer gegen jede Regierung getobt. Für sie gab es kaum noch einen Unfall oder eine Not, an dem nicht das „System“ schuld sein sollte. Vor allem sollte es schuld sein an der Wirtschaftsmisere, an der Verarmung des Mittelstandes und an der entsetzlichen Lage der Erwerbslosen. Seit ein paar Wochen aber sind solche Anklagen aus der Presse der Nazis verschwunden, und zwar seitdem die Regierung Papen uns beglückt. Über das Tun und Unterlassen dieser Regierung ist es im nationalsozialistischen Lager merkwürdig still geworden. Die Taten des Kabinetts der Barone werden nicht mehr mit ranziger Kritik und flammendem Hohn bedacht, sondern nur noch mit freundlichen Mahnungen und Ermutigungen. Warum das nur?

Sollten die Taten des Kabinetts der Barone vielleicht besser, vielleicht arbeiterfreundlicher sein als die früherer Regierungen? Das wird niemand zu behaupten wagen. Denn noch nie hat eine Regierung so tief in die Taschen der armen Teufel gegriffen, als die jetzige. Wer daran zweifeln sollte, der sehe sich die Notverordnung vom 14. Juni an.

Durch diese Verordnung hat das Kabinett der Barone die schon mehrmals gekürzte Arbeitslosenunterstützung abermals, und zwar um 23 vH, gekürzt und nach einem Bezug von sechs Wochen die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, was eine weitere Kürzung der gekürzten Unterstützung, wenn nicht ihren völligen Entzug, für viele Tausende bedeutet. Weiter hat diese Regierung die Krisenunterstützung um 10 vH, die Wohlfahrtsunterstützung um etwa 15 vH herabgesetzt. Ferner hat diese Regierung in der Invaliden-, Knappschafts- und Unfallversicherung einen Rentenaufbau von ungefähr 15 vH durchgeführt. Außerdem hat diese Regierung eine neue Steuer für alle Lohn- und Gehaltsempfänger für den Luxus, arbeiten zu dürfen, von 1,5 und mehr vom Hundert dekretiert. Obendrein hat diese Regierung eine Salzsteuer von 6 Pf. je Pfund eingeführt. Überdies hat diese Regierung bei der Umsatzsteuer die Freigrenze von 5000 M, also die Erleichterung für die kleinen Kaufleute und Krämer, weggeschafft. Und schließlich hat diese Regierung den pfändungsfreien Lohnbetrag auf 160 M im Monat herabgesetzt.

Durch diese Verschlechterungen sollen nicht weniger als 1500 Millionen Mark im Jahr aus den Taschen der Erwerbslosen, Rentner, Arbeiter und kleinen Geschäftsleute geholt werden. Andererseits aber hat diese Regierung die Besitzenden mit neuen Lasten verschont, ja ihnen ein erhebliches Geschenk dargebracht. Den Besitzenden kommt der Fortfall der Bürgersteuer zugute, außerdem werden den Großbetrieben die 100 Millionen Mark Aufbringungsumlage erlassen. Fast gleichzeitig macht diese Regierung dem Schwerindustriellen Flick ein goldiges Geschenk, indem sie ihm für seine mehr als die Hälfte entwerteten Aktien 90 Millionen zahlt.

Die Regierung der Barone weiß auch diese Geschenke an die Besitzenden zu begründen. Sie sagt nämlich, die „Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen“. Eine dermaßen weise Erkenntnis heischt, daß die Konsequenzen gezogen werden. Die Regierung der Barone meint offenbar, daß, wenn bei den Besitzenden nichts mehr zu holen sei, müßte es eben bei den Nichtbesitzenden geholt werden. Infolgedessen hat sie sich auf die Taschen der Erwerbslosen, Invaliden, Waisen, Witwen, kleinen Geschäftsleute und auf die der Arbeiter gestürzt. Diese sind nach der Meinung der adligen Obrigkeit offenbar zahlungsfähiger als die Reichen. So versucht sie denn mittels Notverordnungen aus den Armen und Ärmsten 1500 Millionen Mark herauszuquetschen.

Nun sollte man meinen, daß sich die Nationalsozialisten mit aller Rücksichtslosigkeit gegen das Kabinett der Barone wendeten, gegen eine Regierung, die die Reichen schont, andererseits aber den Armen und Ärmsten die Brotlade noch vollends leert! Zu einer solchen Meinung ist man um so mehr berechtigt, als sich die nationalsozialistische Partei doch eine Arbeiterpartei nennt. Und eine Arbeiterpartei müßte sich doch der Arbeiter vor allem annehmen. Allein dergleichen sieht man von dieser Arbeiterpartei nicht. Sie übergeht die neue unerhörte Belastung der schon schwer ausgemergelten unteren Schichten mit Schweigen. Ja, sie verbietet sogar die Erörterung der Taten der Regierung, die diese unerhörte Belastung verübt. In einem Geheimzirkular des nationalsozialistischen Propagandaleiters Dr. Goebbels „Zur vertraulichen Kenntnisnahme an alle Parteistellen“ heißt es: „Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jedem derartigen Versuch unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubrechen.“

Warum soll nicht über das Kabinett Papen diskutiert werden? Warum wird in der nationalsozialistischen

Partei ausdrücklich verboten, die Missetaten dieser Regierung an der Arbeiterschaft zu besprechen? Warum?

Nun weil das Kabinett der Barone das Kabinett der Geldgeber des Nationalsozialismus ist. Weil die Regierung Papen von Hitler toleriert und gestützt wird. Weil diese Regierung das erfüllt, was der Nationalsozialismus im tiefsten Grunde erstrebt: die Ausplünderung der arbeitenden Masse zugunsten der schwerreichen Oberschicht. Darum darf über dieses Kabinett nicht diskutiert werden, darum darf es nicht kritisiert werden. Besonders nicht im jetzigen Wahlkampf, weil womöglich den gutgläubigen Anhängern die Augen darüber aufgehen könnten, daß scheußlich Schindluder mit ihnen getrieben wird.

Was die Führer der Nazis verbrämen, übergehen und verschweigen wollen, müssen wir um so schärfer aufdecken, hervorkehren und aussprechen. Wir müssen den Opfern der nationalsozialistischen Demagogie deutlich sagen, warum sie nicht über das Kabinett der Barone

reden dürfen, nämlich, daß es die Regierung der Todfeinde des arbeitenden Volkes ist, deren hauptsächlichster Daseinszweck ist, die besitzende Klasse auf Kosten der Armen und Ärmsten zu erhalten, zu welchem Behufe sie die Erwerbslosenunterstützung und die proletarischen Renten abbaut und die Masse mit immer mehr Steuern belastet und gleichzeitig den Schwerreichen Millionengeschenke besorgt.

Das alles müssen wir den Opfern der nationalsozialistischen Demagogie einblenden, und noch einiges mehr, nämlich: daß, wenn am 31. Juli der Nationalsozialismus mit seinen Trabanten nicht nachhaltig zurückgedrängt wird, es mit dem Abbau der sozialen Unterstützungen und der Vermehrung der Geschenke an die Reichen noch munter weitergeht, solange weitergeht, bis das ganze arbeitende Volk eine Masse verhungerner Bettler ist, deren Hunger dann mit Bohnen, aber mit keinen eßbaren, zu stillen versucht werden wird.

Das steht in sichrer Aussicht, wenn die arbeitenden Massen nicht gründlich über Charakter und Daseinszweck des Nationalsozialismus aufgeklärt werden. Darum wird von ihm verboten, über die Taten des Kabinetts Papen zu sprechen. Darum müssen wir um so lauter reden. Besonders in den Wochen bis zur Reichstagswahl.

# Einheitsfront gegen die Notverordnung

Die Spitzenverbände aller Richtungen haben mit folgender Erklärung Stellung genommen zu der Notverordnung vom 14. Juni 1932:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereift, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände
- Allgemeiner freier Angestellten-Bund
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter

# Der Unfug der Zölle

Von H. Schillestedt

Trotz internationaler Wirtschaftskonferenzen sind die Zollmauern in der Welt immer höher geworden, so daß zwischen den Wirtschaften der einzelnen Völker keine vernünftigen Beziehungen mehr bestehen können. Es hat keinen Sinn, danach zu forschen, wer mit diesen Tollheiten angefangen hat. Bekanntlich ist jeder in der Rolle des Angegriffenen; die Zölle jedes Landes sind immer „Abwehrzölle“. Um so notwendiger ist es, immer wieder in aller Öffentlichkeit den Unfug der Zölle aufzuzeigen, um die Stimmung der Massen gegen den Zollwahn zu beeinflussen, denn nur auf diesem Wege ist eine Änderung der wirtschaftlichen Außenpolitik überhaupt möglich.

Heute wollen wir an einigen Beispielen die Größe des Zollunfugs einmal erläutern. Die deutsche Zuckerindustrie hat durch staatliche Maßnahmen eine Monopolstellung erhalten, die fast lückenlos ist. Um dem ausländischen Wettbewerb gewachsen zu sein, wurde ein hoher Zuckerzoll eingeführt mit dem Versuch, durch Höchstpreise die inländischen Verbraucher vor einer Überteuerung des Zuckers zu bewahren. Diese letzte Absicht ist nicht durchgeführt, aber der Zoll ist geblieben. Die Zuckerausfuhr wurde noch gefördert durch Ausfuhrprämien, damit größere Zuckervorräte abgestoßen werden konnten. Im Jahre 1931 wurde die gesamte Zuckerindustrie zusammengeschlossen in der Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zucker-Industrie, die insbesondere die Ausfuhr deutschen Zuckers fortführen soll, um durch planmäßige Verteilung der beabsichtigten Produktion auf die Zuckerrübenbauer die Zuckerindustrie möglichst vollständig zu erhalten. Das ist natürlich nur möglich durch hohe Zuckerpreise. Die halbstaatlichen Zwangsmaßnahmen, die sich die Zuckerrübenindustrie nicht nur gefallen läßt, sondern fordert, ebenso natürlich die Zuckerrübenbauer, haben selbstverständlich mit „Marxismus“ nichts zu tun, sondern das sind Geschenke an die Wirtschaft und an die Industrie. Aber wenn trotzdem die Wirtschaft in Not gerät, hat selbstverständlich der „Marxismus“ schuld!

Wie sich der Zuckerpreis in Deutschland und auf dem Weltmarkt stellt, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

	in New York in Magdeburg je Ztr. in Mark ohne Zuckersteuer	
Jahresdurchschnitt 1930	7,04	20,33
Jahresdurchschnitt 1931	6,20	20,78
1. Januar 1932	4,90	20,49
1. Februar 1932	4,63	20,50
1. März 1932	3,75	20,60

Der deutsche Verbraucher muß demnach mehr als das dreifache des Weltmarktpreises für deutschen Zucker bezahlen damit die deutsche Zuckerindustrie auf den Weltmarkt überhaupt ausführen kann. Sie muß erklärlicherweise den Zucker

auf dem Weltmarkt zum Weltmarktpreis — im Durchschnitt des Jahres 1931 also zu etwa 6 M — verkaufen. Die dadurch entstehenden Verluste müssen von den deutschen Zuckerverbrauchern bezahlt werden.

In Deutschland werden alljährlich ungefähr 1,6 Mill. Tonnen Zucker verbraucht. Bei einem Weltmarktpreis von 6,20 M je Zentner wäre das ein Wert von 198 Mill. M. In Deutschland müssen aber nicht 6,20, sondern 20,78 M für den Zentner bezahlt werden, in Summa also 645 Mill. M, insgesamt 447 Mill. M mehr, als auf dem Weltmarkt bezahlt werden müßte. Mit dieser ungeheuerlichen Summe finanziert die deutsche Verbraucherschaft die Zuckerausfuhr der deutschen Industriellen und hält damit die Profite der Zuckerindustrie und ihrer Großlandwirtschaft aufrecht.

Aus der obigen Zahlentafel ist schon erkenntlich, daß der deutsche Zuckerpreis noch um die Zuckersteuer erhöht wird. Sie beträgt rund 300 Mill. M; diese muß auch noch von den deutschen Verbrauchern bezahlt werden. Das sind ungeheure Opfer, die den deutschen Verbrauchern zugemutet werden, um eine falsch geleitete Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Das sind die Folgen der Ernährungspolitik, wie sie gegenwärtig unter der Führung des Ernährungsministers Schiele getrieben wird, der weniger Ernährungsminister für das deutsche Volk als für die Großlandwirtschaft ist.

Der Unfug dieser Zollpolitik wird noch grotesker, wenn man folgendes betrachtet: in der Zuckerindustrie werden nicht mehr als 30 000 Arbeiter beschäftigt; wenn man die Rübenbauer mit in Rechnung stellt, sind ungefähr 50 000 Menschen an dieser Zucker-Subventionierung beteiligt. Würde die Reichsregierung, anstatt solche Zollpolitik zu betreiben, den für Deutschland notwendigen Zucker am Weltmarkt kaufen und den Preisunterschied von 447 Mill. M, der heute im Inland aufgebracht werden muß, an die Arbeiter und Rübenbauer verteilen, so hätte im Jahre 1931 jeder der 50 000 Menschen eine Summe von 9000 M erhalten, ohne dafür arbeiten zu müssen; jedenfalls das Vielfache mehr, als was ihnen die Arbeit eines Jahres eingebracht hat.

## Aus dem Inhalt

	Seite
Warum schweigen die Nazis jetzt? — Einheitsfront gegen die Notverordnung — Der Unfug der Zölle	157
Arbeitslosigkeit nimmt zu — Wohlfahrtsstaat für wen?	158
Stahlbad Anno 17 — Arbeitslosigkeit und Hausfrau	159
Den Weg zur Einheitsfront — Sitzung des Bundesschusses des ADGB — Vom Vorstand	160
Warnung vor Brasilien — Japanische Kriegspläne gegen Rußland — Der tschechische Verbandstag	161
Eine zeitgemäße Witwenpension — Soziale Wohnbautätigkeit	162

# Wohlfahrtsstaat für wen?

In ihrer Erklärung sagt die Regierung Papen: Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Das ist in der Tat richtig, die Frage ist nur, für wen Deutschland eine Wohlfahrtsanstalt war und noch mehr werden soll.

Nach einer Antwort auf diese Frage braucht nicht gesucht zu werden, das Kabinett der Barone gibt die Antwort in unzweideutigster Weise durch seine erste Handlung, durch die Notverordnung vom 14. Juni.

Diese Notverordnung zerstört vor allem und gründlich die Meinung, daß Deutschland eine Wohlfahrtsanstalt für die Armen sei. Wie wahr das ist, zeigt eine kurze Betrachtung der Bestimmungen dieser Verordnung. Zunächst kürzt sie die wöchentlichen Sätze in der Arbeitslosenversicherung für Hauptunterstützungsempfänger beträchtlich. Künftig erhalten sie nur noch:

Lohnklasse	In Orten der Sonderklasse	In Orten mit mehr als 10000 Einwohnern	In Orten unter 10000 Einwohnern
I	5,10 M	5,10 M	4,50 M
IV	8,40 "	7,20 "	6,-- "
VII	9,90 "	8,40 "	7,20 "
XI	11,70 "	9,90 "	8,40 "

In der unteren Lohnklasse muß also ein Unterstützungsempfänger hinfort für 5,10 bzw. 4,50 M in der Woche sein Leben fristen. Daß dies eine glatte Unmöglichkeit ist, dürfte jeder ohne weiteres einsehen. Gleich hart werden die verheirateten Unterstützungsempfänger von diesem Raub der Herrenklub-Regierung betroffen. Ein Familienvater mit Frau und vier Kindern erhält in Orten mit mehr als 10000 Einwohnern hinfort eine Unterstützung von 6,60 bis 21,90 M je Woche. In Orten mit weniger als 10000 Einwohnern bewegen sich die Sätze für eine kinderreiche Familie zwischen 5,70 M in der untersten und 17,40 M in der obersten Lohnklasse. Wie davon eine Familie mit vier Kindern leben soll, ist absolut unvorstellbar. Diesen armen Leuten steht eine Zeit bevor, die in ihren Auswirkungen kaum abzusehen ist.

Gegenüber den früheren Unterstützungssätzen schwanken die Abzüge zwischen 5 vH in der Lohnklasse 4 bei der Sonderklasse und 56 vH in der bisherigen Lohnklasse II für Orte mit 10000 Einwohnern und weniger. Überdies haben die Versicherten nur noch 6 Wochen Anspruch auf die Unterstützungen in der oben gekennzeichneten Höhe. Nach dem Unterstützungsbezug von 36 Tagen muß die sogenannte Hilfsbedürftigkeit geprüft werden, die so rücksichtslos gehandhabt werden kann, daß sehr vielen Unterstützungsempfängern jegliche Unterstützung entzogen wird. Aber selbst wenn die Hilfsbedürftigkeit anerkannt wird, sinken die Sätze noch unter das oben gekennzeichnete Maß. Krisenfürsorge und Wohlfahrtshilfe bewegen sich also fast völlig auf dem Stande der Armenfürsorge. Da die meisten Arbeitslosen Krisen- oder Wohlfahrts-

unterstützung beziehen, wird ihre Lage damit miserabel, daß man von einer vollständigen Verelendung sprechen muß.

So rücksichtslos die Regierung der Barone mit den Armen umspringt, so freigebig bedenkt sie die Besitzenden, die Schwerreichen, also Fleisch von ihrem Fleisch. Große Konzerne und Industrielle werden großmütig mit Subventionen bedacht. Da ist zunächst der Schwerindustrielle Flick, dem mit Staatsmitteln seine Aktien weit über den Marktwert abgekauft werden. Man spricht von hundert Millionen, womit das Reich diesem Schwerreichen zu Hilfe kommt. Und das ist offenbar nur der erste bescheidene Schritt der Papen-Regierung auf dem Subventionswege.

Die Großlandwirtschaft erhält über die Osthilfe allmonatlich große Summen ausgezahlt. Die neue Regierung hat ferner dem Eisenerzbaun ein Lohn, Dill und Sieg weiter laufende Zuschüsse zugesichert. Auch der Harzer Bergbau soll Zuschüsse empfangen. Er soll ohne Rücksicht auf die Ertragsfähigkeit künstlich am Leben erhalten bleiben. Wie der braunschweigische Naziminister Klagges kürzlich erklärt hat, soll das Reichskabinett den Entschluß gefaßt haben, den gesamten Erzbergbau Deutschlands grundsätzlich in dem heute bestehenden Umfang zu erhalten. Daß dies nicht ohne riesige Subventionen möglich ist, versteht sich von selbst.

Inzwischen hört man, daß auf Anregung des gegenwärtigen Reichswirtschaftsministers auch die Zinkproduzenten subventioniert werden sollen. Der geplante Zinkzoll soll vermieden werden und man will statt dessen mit der Subvention eingreifen.

Allein schon die Belastung, die durch die neuen Steuergesetze der Bevölkerung auferlegt wurde, geschah in durchaus einseitiger Weise. Nur die Lohn- und Gehaltsempfänger werden belastet, während die besitzenden Kreise und die übrigen Einkommensempfänger vollständig verschont bleiben. Man ist nun in der Lage, klar zu ersehen, warum die Regierung Brüning, die doch sicherlich nicht sozialistische Politik gemacht hat, verschwinden und die von Hitler tolerierte Adelsregierung kommen mußte. Das arbeitende Volk soll auf den tiefsten Stand der Existenzgrundlage hinabgedrückt werden. Dies geschieht unter der Zustimmung der nationalsozialistischen Partei, die in ihren Reihen Kleinbürger und Mittelständler hat, die zum großen Teil Nutznießer einer gehobenen Arbeitslosenfürsorge waren. Denn der Arbeitslose behält ja das Geld nicht für sich, sondern er gibt es aus für Lebensmittel und dringende Bedarfsgegenstände, die er meistens in kleinen Geschäften kauft oder kleinen Handwerkern zuwendet.

Mit der Notverordnung hat das Dritte Reich seine Visitenkarte abgegeben. Es wird ein Reich der Aus Hungierung für die Armen, der Wohlfahrt für die Reichen sein. Die erste Tat dieser Regierung läßt hierüber nicht den geringsten Zweifel.

Daß diese Zollpolitik notwendigerweise ebenfalls zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beiträgt, braucht gar nicht bewiesen zu werden.

Aber diese Zollpolitik hat auch noch andere Folgen. Je höher der Preisunterschied zwischen dem Waren im Inland und im Ausland ist, desto größer der Versuch, Waren aus dem Ausland her zu bringen. Zur Aufrechterhaltung dieser Zölle muß deshalb jede Regierung die Grenze mit einer Mauer von Zollbeamten umgeben. Auch dafür liegen einige Zahlen von der westlichen Grenze Deutschlands vor.

Der Schmuggel blüht und niemand hat ein Recht, sich darüber zu wundern. Daß sich zur Zeit ganze Grenzdistrikte nur vom Schmuggel erhalten und schätzungsweise an der holländisch-belgischen Grenze sich 300 000 Personen mit Schmuggel befassen, ist die Folge des Zollunfugs. Die Not ist groß und der Anreiz zum Schmuggel ebenso. Es kosten:

	in Holland	in Deutschland einschl. Zoll
ein Zentner Weizen	6,50 M	19,50 M
ein Zentner Mehl	8,00 "	30,00 "
½ Pfund Kaffee	1,10 "	1,85 "
50 Gramm Tabak	0,40 "	15,20 "
20 Turmac-Zigaretten	0,80 "	9,70 "

Daß bei solchen Preisunterschieden geschmuggelt wird, ist selbstverständlich. Natürlich sucht sich der Staat gegen diese zollfreie Einfuhr und dem damit verbundenen Verlust an Zoll zu schützen und unterhält deshalb eine Armee von Zöllnern. So kommen z. B. auf einen Kilometer der Westgrenze durchschnittlich vier Grenzzollbeamte, also alle 250 Meter würde ein Zollbeamter stehen können. Da aber natürlich nicht dauernd Wache gehalten werden kann und mit Ablösung gerechnet werden muß, so würde bei dreifacher Schicht immer noch auf 750 Meter ständig ein Zollbeamter vorhanden sein. Nach einem Bericht wurden in den Landesfinanzämtern Düsseldorf und Köln im Jahre 1931 beschlagnahmt:

128 000 kg Müllererzeugnisse,
446 000 " Getreide,
87 500 " Kaffee,
51 000 " Tabak,
22 662 000 Zigaretten.

Zwischen den Schmugglern und den Zöllnern besteht erklärlicherweise dauernd Kriegszustand und geschossen wird auf beiden Seiten. Es hat keinen Zweck, sich über die Schmuggler zu entrüsten, noch weniger über die Zollbeamten, die ihre Pflicht tun. Es zeigt sich in diesen Zuständen nur der ganze Widerspruch der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse. Anstatt daß die Völker versuchen, miteinander die höchsten Leistungen zu vollbringen, um die Menschen mit allen Lebens- und Kulturgütern zu versorgen, schließen sich die Staaten gegenseitig voneinander ab und der Erfolg ist das Wirtschaftschaos, in dem wir uns befinden.

Ohne Abbau und gänzliche Beseitigung der Zölle gibt es keine vernünftige Wirtschaft. Es ist deshalb auch für die deutsche Bevölkerung eine Pflicht, mit allen Mitteln für eine Änderung der Wirtschaftspolitik im Sinne eines internationalen Warenaustausches einzutreten unter dem Leitgedanken, die Produktionsstätten aller Güter dort zu entwickeln, wo die Voraussetzungen dafür günstig sind und nun in freiem Austausch aller Güter die Versorgung aller Menschen mit dem Mindestaufwand an Arbeit sicherzustellen.

## Arbeitslosigkeit nimmt zu

Der Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage für die Zeit vom 1. bis 15. Juni zeigt, daß es schon wieder bergab geht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni rund 5 569 000 und lag somit nur um rund 14 000 unter dem Stand vom 31. Mai. Der Rückgang war stärker, wenn nicht der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegenwirkte hätte. Seit dem Höchststand des Winters ist eine Abnahme um rund 560 000 Arbeitslose zu verzeichnen, während im Vorjahre die Frühjahrsentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990 000 belaufen hatte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat wieder etwas stärker, und zwar um rund 74 000, abgenommen und betrug am 15. Juni rund 1 003 000. In der Krisenfürsorge wurden die durch Aussteuerung oder durch Arbeitsaufnahme entstehenden Abgänge nahezu aufgewogen durch die Zugänge aus der Versicherung, so daß nach einem Rückgang um rund 3000 Mitte des Monats rund 1 573 000 Krisenunterstützte gezählt wurden. Die gekennzeichnete Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen, die Ende Mai rund 2 086 000 betragen hatte, inzwischen weiter gestiegen ist. Wir haben also mitten im Sommer insgesamt 5 ½ Millionen registrierte Arbeitslose. Die Zahl hätte bedeutend zurückgehen müssen, da jetzt die Heuernte im Gange ist. Allein, an die Stelle der Arbeitslosen, die jetzt in der Landwirtschaft beschäftigt gefunden haben, sind fast ebensoviel frisch entlassene Industriearbeiter getreten. Dies kann man nicht anders als eine Zunahme der Arbeitslosigkeit deuten. Wie sollte es auch anders sein?

Was in Deutschland die Milderung der geschäftlichen Flante so aussichtslos macht, ist der politische Wirrwarr. Auf die deutsche Wirtschaftskrise ist eine politische Krise aufgepropft worden. Diese, die politische Unsicherheit, bremst die Unternehmungskraft, zwingt jeden Geschäftsmann zur Zurückhaltung, selbst wenn er geschäftliche Aussichten hat. Der Sturz der Regierung Brüning und die Berufung eines Kabinetts der Barone unter dem Patronat der Nationalsozialisten und der schleichende Bürgerkrieg macht die Ungewißheit noch größer. Die Regierung der sogenannten nationalen Konzentration hat mit den von ihr geschaffenen politischen und staatspolitischen Differenzen so viel zu tun, daß sie keine Zeit hat, sich mit der wirtschaftlichen Besserung zu befassen. Unter diesen Umständen kann es unmöglich zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes kommen.

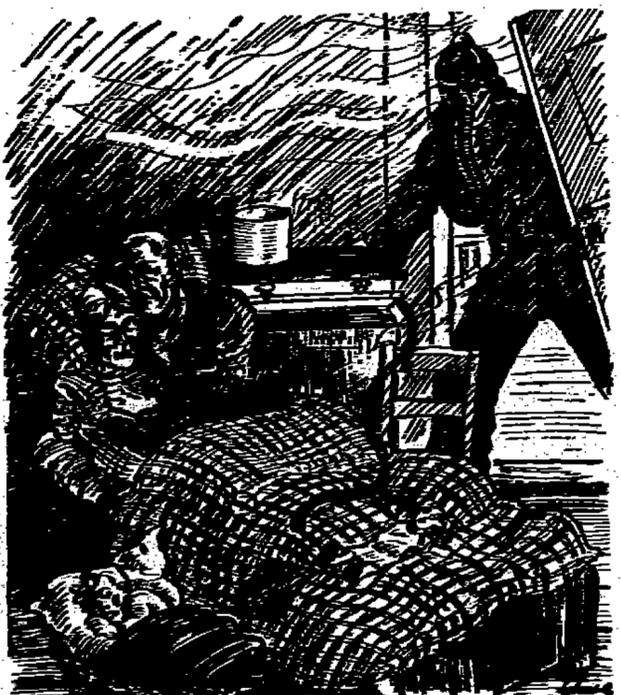
## Ein halbes Jahr Krümpersystem

Das Krümpersystem ist am der Not der Zeit geboren. Nur zögernd ist man zur Einführung gewillt. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 16 wird eine Übersicht über die Entwicklung des Krümpersystems gegeben. Nach dem Stande vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß die Landesarbeitsämter 113 Anträge zugelassen und 6 Anträge abgelehnt haben. Die größte Anzahl von Anträgen betraf das Krümpersystem enthält auf das Landesschweizer Sachse mit 42. Es folgen Südwestdeutschland mit 15, Westfalen mit 14 und Mitteldeutschland mit 9 Anträgen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Nach der Art der Unternehmungen ist am stärksten die Textilindustrie mit 22 Betrieben vertreten. Es folgen das Metallgewerbe mit 17, die Konsumgüter mit 15, Holz- und Gussindustrie mit 12, das Verchlagewerbe mit 11 und der Bergbau mit 8 Betrieben. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt 67 580 Arbeitnehmern, von denen 32 000 vom Krümpersystem erfaßt werden. Der Wechsel in der Beschäftigung erfolgt in 68 Fällen wöchentlich, in 25 Fällen halbwöchentlich, in 13 Fällen wöchentlich, in 6 Fällen alle drei Wochen und in einem Falle alle fünf Wochen. Die Zahl der vom Krümpersystem erfaßten Arbeiter zeigt, daß es eine große Ausdehnung noch nicht genommen hat. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Einführung des Krümpersystems wenig geführt. Nur in 8 Fällen wurden im-

gesamt rund 1600 Arbeiter als Ersatz für die Aussetzer neu eingestellt. In den allermeisten Fällen erfolgt die Einführung des Krümpersystems mit Rücksicht auf sonst unvermeidliche Entlassungsmaßnahmen. Die halbjährliche Übersicht über die Entwicklung des Krümpersystems läßt noch kein vollständiges Urteil zu.

## Französische Hilfe für deutsche Kinder

Der Kassier des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat an den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, 150 000 Franken (25 000 M) gesandt mit einem Schreiben, worin mitgeteilt wird, daß diese Summe an die Kinderarbeitsloser Eltern in Deutschland verteilt werden soll. Die Mittel rühren von einer in französischen Gewerkschaftskreisen veranstalteten Sammlung für notleidende Kinder her. Um die internationale Solidarität der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen, habe der Vorstand der CGT der Verwaltungskommission vorgeschlagen, von dem Gesamterlös der Sammlung 150 000 Franken für die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland und 50 000 Franken für österreichische Kinder zu verwenden. Schließlich wird in dem Brief die Bitte ausgesprochen, daß die Summe nach Möglichkeit an Kinder anderer Städte als Berlin, Hamburg, Leipzig und Nürnberg verteilt wird, da Hunderte von Kindern aus diesen Orten im vorigen Jahre einen Monat lang Gäste der CGT auf der Insel Oléron waren.



Vom Wohltätigkeitsstaat

## Der Sechstundentag in Amerika

Sind in Deutschland und in andern europäischen Ländern die Unternehmer in ihrer Allgemeinheit gegen organisierte Arbeitszeitverkürzung zwecks besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten, so wird im Gegensatz dazu in den Vereinigten Staaten die Bewegung zur Einführung der sechsstündigen Tagesarbeit oder der Fünftagewoche auch von den Unternehmern gefördert. Ihre großen Verbände gelangten zur Einsicht, daß angesichts der gewaltigen Zunahme der Produktionsanlagen und ihrer Leistungsfähigkeit die Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf mehrere Personen eine unabwendbare Notwendigkeit ist, und daß daher manche Schwierigkeiten, die mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind und die in Amerika geradezu wie in den europäischen Ländern in Erscheinung treten, in Kauf genommen werden müssen.

Nach der Zusammenstellung der Princeton Universität haben bisher 211 Industriekonzerne mit mehr als 2 Millionen Arbeitern eine organisierte Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. Es sind vornehmlich die Automobilindustrie, elektrotechnische Industrie, Ölproduktion, Telegraf- und Telefonindustrie, das Baugewerbe, Buchdruckgewerbe und die Nahrungsmittelindustrie, welche die Arbeitszeitverkürzung in organisierter Form vorgenommen haben. Der Unternehmerverein für die chemische Industrie, deren Mitglieder 600 000 Arbeiter beschäftigen, forderte seine Mitglieder auf, den Sechstundentag einzuführen. Die meisten Unternehmungen sind dieser Aufforderung nachgekommen. Da in diesem Produktionszweig viele chemische Prozesse in ununterbrochener Arbeitszeit durchgeführt werden müssen, erfordert die Arbeitszeitverkürzung die Umstellung der Arbeit von drei Schichten mit achtstündiger, auf vier Schichten mit sechsstündiger Arbeitszeit.

Der Leiter einer großen chemischen Gesellschaft in Michigan, der den Übergang zur Vierschicht-Arbeit bereits im Dezember 1930 durchführte, berichtete von außerordentlich günstigen Erfahrungen. Unter den Vorteilen der Vierschicht, die von ihm angeführt werden, seien hervorgehoben: erhöhte Tagesproduktion, größerer Ertrag des angelegten Kapitals, bessere Verteilung der Arbeitskräfte und Senkung der Generalkosten. Die Vorteile für die Arbeiter sind Entlastung von einformiger Arbeit, mehr freie Zeit für Erholung, mehr Gelegenheiten für Berufsausbildung, weniger Arbeitszeitvergeudung, bessere Gesundheit, geringere Lebenshaltungskosten dank der Möglichkeit, daß die Arbeiter ihre Mahlzeiten zu Hause einnehmen können, und größere Beständigkeit der Beschäftigung an einem Ort.

## Tiefstand der Ausfuhr

Im freien Warenverkehr betrug die deutsche Einfuhr im Monat Mai 351 Millionen Mark. Das ist der niedrigste Satz, der jemals erreicht wurde. Im Vergleich zum April hat die Einfuhr um 76 Mill. M. abgenommen. Die Rohstoffe sind hieran mit 44 Mill. M. beteiligt. Die Ausfuhr befreit sich im Mai auf 438 Mill. M., so daß sich ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 87 Mill. M. ergibt. Die Fertigwarenausfuhr verzeichnet eine Abnahme von 17 Mill. auf 356 Mill. M. Textilerzeugnisse, Maschinen und chemische Produkte wurden bedeutend weniger ausgeführt. Sowohl Einfuhr wie Ausfuhr befinden sich auf einem Tiefstand, wie man es vielleicht niemals vorausgesehen hat. Um einen Vergleich anzuführen: die Einfuhr betrug im Jahre 1930 866 und die Ausfuhr 1003 Mill. Mark je Monat. Somit ist ein Rückgang von etwa 60 vH zu verzeichnen.

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

„Haben Sie gehört, daß ich „diesen Herrn“ hier beleidigt hätte? Habe ich „Dreckhaufen“ zu ihm gesagt?“

„Nein! Herr Feldweibel!“  
Der Finger tippt weiter:  
„Habe ich „Hammel“ zu ihm gesagt?“ ... „Nein! Herr Feldweibel!“  
„Habe ich „speckiger Kerl“ zu ihm gesagt?“  
„Nein, Herr Feldweibel!“

„Gut, Peters, rühren Sie! Weggetreten! Halt! Einen Augenblick! Haben Sie gehört, daß ich „Du“ zu diesem Hammel gesagt habe?“ — Der Schreiberhund winselt förmlich: „Nein, Herr Feldweibel!“

„Aber Sie haben doch gehört, daß dieser Dreckhaufen hier gesagt hat, er wolle mich melden, weil ich ihm die Knöpfe abgeschnitten habe, — und ferner, daß er ohne Knöpfe zum Generalappell erscheinen werde?“ ... Die letzten Worte wirft er fast drohend dem Schreiber entgegen. „Jawohl, Herr Feldweibel!“ ... „Gut, danke, treten Sie weg, Peters!“ ... Eine Wendung, — der Schreiber kriecht mit einem höhnischen Lächeln zu mir hinaus.

Und nun wendet die Teufelsfratze sich mir wieder ganz zu. Wir sind allein, ohne Zeugen. Ganz nahe kommt das Gesicht zu mir heran und fast flüsternd zischt es: „Soooo, ha ... nun weißt du wohl Bescheid, was ... was ... was! ... Meinst du, ich kenne euch rotes Lumpenpack in der Kompanie nicht, hä? Zu dem du Halunke auch gehörst, was? Du Sch-Kerl! Du Arbeiterbalg! Hä? Du ... du ... du Prolet ... Aber paß! mal auf ... ich werde dich melden! Ich dich! ... Verstehste? Mit euch werden wir hier noch fertig, ihr Tagediebe! Fressen und saufen und h., und alles auf Staatskosten ... Und dann noch einen anständigen Feldweibel melden wollen?! — Er tritt einen Schritt zurück, die Fratze kocht wie in sich selbst ... „Stark sein“, murmelt es in mir ... aber ich bin wie gestorben ... das Zimmer schwankt um mich herum ... bitter steigt es mir in die Kehle ... es sind Tränen, die aus der Tiefe der Brust kommen ... Arbeiterbalg! Prolet!“ ... Es ist das erste Mal, daß mir diese Worte entgegenschleudert werden ... Schimpfworte also ... langsam krümmen sich die Finger zur Faust ...

„Na, ihr kommt ja nun bald raus, ihr Schweine!“

Da wird man euch ja zeigen, was euer Beschwerderecht ist ... Er lacht höhnisch auf: „Beschwerderecht! Hahahahaha! Dieses Gesindel! Erschießen müßt man euch! Na, das werden ja nun bald andere besorgen. — Einer ist ja Gott sei Dank schon abgedampft und vom Etat gestrichen. Stehendfreiändig ist der Kerl hinübergerutscht ... hahaha ... stehendfreiändig!“ Er lacht, Heini, hörst du, er lacht! ...

Er dreht sich nach dem Tisch um. Mir ist, als stehe ich in einer Grube, und man schütte dumpf und schollenweise Erde mir auf den Kopf ... ich höre die Worte nur noch als solche ... aber ich fasse ihren Sinn nicht mehr ... ich fasse es nicht mehr ... es ist alles zu ungeheuerlich.

Wenn ich diesen Verbrecher jetzt erschlage, wie er es vor Welt und Menschen verdient hat, dann werde ich untergehen, und niemandem wird es nützen ... Alles wird bleiben, wie es vorher war ... es wird noch schlimmer werden; denn an die Stelle dieses Schurken wird ein anderer treten ... und ich werde erschossen werden ...

„Hier!“ höre ich die weiteren Worte wie aus der Ferne: „Der Selbstmörder hat wohl noch ein Testament gemacht ... — Er grinst wieder und ist anscheinend höchst belustigt, als habe er einen guten Witz gemacht. Er hält mir einen gelbweißen, abgegriffenen Karton hin ...

„An den Kameraden Peter Riß“ liest er ab. „Das bist du Hammel doch, nicht? Seid scheinbar dicke Freunde gewesen, wat? — Und wegen der anderen Sache sprechen wir uns ein anderes Mal Stillgestanden! Weggetreten!“

Ich bin wieder auf dem Flur ... mir ist, als stünde ich in einer Leichenhalle, ich höre drinnen noch einen Stuhl poltern ... ich sehe den Schreiber gebückt an mir vorbeikriechen ... er macht einen Bogen um mich herum ... keine Angst, keine Angst, ich werde dich nicht anfassen, du dreckiger Kerl ... Ich starre auf den Karton: Er ist oben mit schwarzweißbroten Streifen dick eingefaßt. „Für unsere lieben Feldgrauen ...“ steht drauf. Mit fetten Buchstaben!

Sie tanzen vor meinen Augen, die mir plötzlich furchtbar weh tun ... die Tränen schießen daraus hervor ... sie rinnen salzig über die Lippen ...

„Für unsere lieben Feldgrauen ...“

Von der Treppe, die in die Kaserne hineinführt, dort, wo die alten, halbverfaulten Waschröge bei den Brunnen stehen. — wir haben da unsere Lumpen mit Hunger und ungeweinten Tränen, mit Bimsstein und schmutzigem Kasernenhofsand geschrubbt, denn Seife haben wir ja nie zu sehen bekommen, — wir haben gerubbelt und gerieben, bis uns das Blut unter den Fingernägeln hervorspritzte, — von dieser Treppe bis an die rauhe, graue Mauer, die uns von der Straße und der Freiheit trennt, stehen wir feldmarschmäßig, Gewehr bei Fuß in unbeweglicher Kompaniefront.

Der Hauptmann will kommen und die Kompanie vor ihrem Abrücken nach dem Truppenübungsplatz besichtigen.

Die beiden Rekrutenschinder gehen vor unserer Front auf und ab; mit langen, wiegenden Schritten Adolf, neben ihm trippelnd und dann wieder wie eine schwerfällige, alte Kröte hüpfend, der Spieß. Sie unterhalten sich anscheinend sehr angeregt. Ab und zu nimmt der Spieß ein blaues, dickes Buch zwischen den Knöpfen seines Rockes heraus und blättert darin.

Ich bin voll Bitterkeit und brennendem Haß, ich starre auf das Kochgeschirr meines Vordermannes; — nur nicht hinsehen auf die beiden da vorne, nur nicht hinsehen ... oh! wäre ich ein Zauberer, ich würde diesen grauen Kasernenhofboden sich öffnen lassen ... Feuer müßte darunter sein ... und ich würde sie dort hineinstürzen ... ich würde sie vernichten. — Blutige Bilder erstehen vor meinen Augen, meine Phantasie schwelgt in ohnmächtigen Vergeltungsplänen.

Sieht her, ihr Mütter von „Heldensöhnen“, was sie aus euren „stolzen Jungen“ gemacht haben ... „Hammel!“ ... sieht her, ihr Lehrer und Erzieher, ihr Pfaffen und alle ihr großen Lügner und Betrüger des „Volkes der Dichter und Denker“; — hier stehen die „lieben Feldgrauen“, hier steht euer Aushängeschild für eure Phrasen von „Vaterland“ und „Heldentum“ ... hier stehen wir, ausgerichtet wie eine zusammengetriebene Schar Gefangener ... nicht einer denkt einen Augenblick an

„Vaterland“ und „Heldentum“, und doch sind wir die Modelle für die glorifizierten, lügenhaften Gemälde eurer Biertisch-Schlachtenmaler ... aber seht mal genau her, was wir in Wirklichkeit sind: Hammel ... Keine Heldenkompanie steht hier: eine Hammelherde! Das ist alles — und genug für den „Heldentod“ und die Schlacht ... „Hammel“ und „schlachten“, — klingt das nicht ehrlicher und treffender als alle Phrasen? ... Ich starre auf das Kochgeschirr ... mein Hirn denkt schwerfällig und verbissen: Fort von hier ... nur von hier fort! ... ganz gleich wohin ... dann wird das Leben erträglicher werden ... flüchten ... desertieren ... morgen schon ... nein! heute noch ... dann winkt die Freiheit ... nicht umsehen ... rennen, rennen! ... in die Berge ... über das Meer ... zerissen, zerlumpt ... und sollte ich verhungern und wie ein Hund am Wege liegenbleiben und verrecken ... aber frei sein! frei sterben! frei! frei!

„Vaterland“ und „Heldentum“, und doch sind wir die Modelle für die glorifizierten, lügenhaften Gemälde eurer Biertisch-Schlachtenmaler ... aber seht mal genau her, was wir in Wirklichkeit sind: Hammel ...

Keine Heldenkompanie steht hier: eine Hammelherde! Das ist alles — und genug für den „Heldentod“ und die Schlacht ... „Hammel“ und „schlachten“, — klingt das nicht ehrlicher und treffender als alle Phrasen? ...

Ich starre auf das Kochgeschirr ... mein Hirn denkt schwerfällig und verbissen: Fort von hier ... nur von hier fort! ... ganz gleich wohin ... dann wird das Leben erträglicher werden ... flüchten ... desertieren ... morgen schon ... nein! heute noch ... dann winkt die Freiheit ... nicht umsehen ... rennen, rennen! ... in die Berge ... über das Meer ... zerissen, zerlumpt ... und sollte ich verhungern und wie ein Hund am Wege liegenbleiben und verrecken ... aber frei sein! frei sterben! frei! frei!

Jetzt bleibt der Schinder stehen ... er bleckt seine Haut: „Rrührt euch!“

Die Knochen lösen sich, die Kompanie seufzt auf, hört ihr nicht unser Stöhnen, Mütter? — Sie hören es nicht ... nur ihre Herzen fühlen es bang und beklemmend, und sie weinen nachts um uns.

Der Schreiber taucht den Federhalter unzählige Male hartklingend in das Tintenfaß ... es bedeutet seine Verlegenheit ... er rückt unruhig hin und her und sieht nicht einmal auf ...

Die Mittagssonne brütet auf unseren bepäckten Rücken, es riecht nach Schweiß und Stiefelfett. Ich greife nach der Halsbinde und lockere sie, der Affe zieht nach hinten, und ich kann fast keine Luft durchholen ... ach, wenn wir doch erst marschierten; wenn man so steht, spürt man den Hunger noch qualvoller als beim Marschieren. In meinem Magen kolleert es; denn ich habe kein Essen mehr bekommen, der Koch hat mich hinausgeworfen, als ich allein nachkam, er hat mich schallend ausgelacht ... er ließ mich gar nicht zu Worte kommen, als ich ihm den Grund des Zuspätkommens erzählen wollte, er ist der gemeinste Küchenunteroffizier der Armee. Ich wünschte, er käme mit uns raus, dann werde ich ihn erschlagen ... Aber er kommt nicht an die Front, er hält schon seit Jahren die Stellung, er wird sie weiterhalten; denn er ist tauglich für das System, weil er ein Schinder ist wie die beiden vor uns ...

Wieder irren meine Gedanken abseits, der Hunger wühlt sie auf, der Hunger ist die letzte Kraft, die mich noch aufrecht hält; er ist der Bruder des Hasses ... ich schwanke hin und her ... ich greife mechanisch nach den Knöpfen meines Rockes ... die sitzen wieder fest, ich habe sie mit grauen Zwirn wieder angenäht, Preuß hat mir geholfen, als ich ihm die brutale Szene auf der Schreibstube erzählt hatte. Er biß sich auf die

## Arbeitslosigkeit und Hausfrau

Eine große Last und Verantwortung liegt auf den Schultern der Hausfrau im Arbeitslosenhaushalt. Eine winzige Summe nur steht ihr zur Verfügung. Damit sollen Nahrungsmittel, Kleider, Licht, Heizung, Miete bestritten werden. Jede Hausfrau, zumal jede Mutter, hat natürlich den Wunsch, ihre Familie so zu verpflegen, daß sie gesund bleibt und nicht hungern muß. Aber wie es machen, wenn das Haushaltsgeld viel zu gering ist? Hier können Ratschläge, und wenn sie noch so vorteilhaft und noch so gut gemeint sind, nur zum Teil Hilfe bringen, denn sie müssen immer wieder scheitern an der Mittellosigkeit. Und doch kann der Küchensettel durch bestimmte Maßnahmen zweifellos verbessert und nahrhafter gestaltet werden.

Die Frauenabteilung der Volkshochschule in Stuttgart hat Fragebogen in Hunderte von Arbeiterfamilien gesandt und in enger Fühlung mit Frauen der Betriebe, den Gewerkschaften, Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes Richtlinien für den Arbeiter- und vor allem für den Arbeitslosenhaushalt herausgegeben. Sie empfiehlt folgendes: Zum Morgenfrühstück sind keine Brötchen, sondern Vollkornbrot zu verwenden, denn Brötchen sind verhältnismäßig teuer im Verhältnis zu ihrem Nährwert. Das nahrhafteste Frühstück für jeden ist eine Hafer-suppe, da sie besser nährt und den Preis des Frühstücks aus Kaffee und Schrippen auf ungefähr die Hälfte herabsetzt. Das hier gesparte Geld sollte für frisches Obst und Gemüse verwendet werden.

Ferner wird eine Einschränkung des Wurstverbrauchs empfohlen. Es hat sich gezeigt, daß in den meisten Familien zum Abendbrot oder zur Vesper Wurst und Brot gegessen wird. Aber auch der Nährwert der Wurst steht in keinem Verhältnis zu ihrem Geldwert. Durch das Räuchern, Salzen und Kochen ist sie nicht so nährwertig, wie ungezählte Hausfrauen glauben. Es wird deshalb, vor allem von ärztlicher Seite, Abwechslung im Küchensettel und gleichzeitig eine Nährwert-erhöhung empfohlen durch Verwendung von Rettichen, Tomaten, Gurken, gehackter Zwiebel, geriebenen Mohrrüben, Schnittlauch, gehackter Petersilie und Obst.

Es gibt allerdings noch viele Hausfrauen, die einen so gestalteten Küchensettel mit Mißtrauen betrachten; aber sie mögen bedenken, daß gerade durch Abwechslung eine Gewähr gegeben ist, daß dem Körper verschiedenartige Nährmittel zugeführt werden. Oft sind die teuren Lebensmittel gar nicht die bekömmlicheren und nahrhafteren. Zusammenfassend kann man sagen, daß bei einer Zusammenstellung von Kartoffeln, Gemüse und Obst, also von rohen und gekochten Speisen, zum Mittag- und Abendbrot ein bekömmlicherer Speisensettel aufgestellt wird, als er bei stets gleichbleibender und einförmiger Verwendung möglich sein kann.

Aber die Frau des Arbeitslosen trägt nicht nur die Verantwortung für den Haushalt. Sie muß auch mittragen, mitfühlen mit dem Manne, der ohne Tätigkeit herumsitzt, der oft verbittert und schwer zu behandeln ist. Zuweilen muß sie ihm gegenüber mehr Mutter als Frau sein, ihn aufheitern, ihn ermutigen und versuchen, die enge Wohnung, die jetzt seinen dauernden, unfreiwilligen Aufenthaltsort bildet, einigermaßen erträglich zu machen durch Sauberkeit und Ordnung. Dadurch kann sie ihn vor Gefahren aller Art und auch davor bewahren, seine paar Pfennige im Wirtshaus zu vertrinken, weil er sich daheim nicht wohlfühlt.

Es wird heute viel über das Problem der Freizeit gesprochen. Die Frau des Arbeitslosen aber muß es täglich mit ihrem Manne neu lösen. Denn nur geistige und seelische Werte können die entsetzliche Leere der unfreiwilligen Muße ausfüllen. Die Frau des Arbeitslosen muß gerade dafür Verständnis aufbringen, sie muß, falls sich irgendeine Gelegenheit bietet, kostenlose Kurse, Vorträge, Theaterveranstaltungen, Konzerte, Führungen und dergleichen zu besuchen, sie ausnützen und den Mann dazu ermuntern. Sie darf nicht, wie es leider manchmal vorkommt, spötteln oder kritisieren, falls der arbeitslose Mann aus eigenem Antrieb bastelt, zeichnet oder Sprachen lernt oder sonst irgend etwas tut, um sich geistig über Wasser zu halten.

Auch der Einwand, den manche „praktisch veranlagte“ Hausfrau in solchen Fällen oft auf der Zunge hat, daß nämlich so-

Lippen, eine tiefe Falte sah ich über der Nasenwurzel, in seinen Augen flackerte es, das ruhige Menschenantlitz Preuß' erkannte ich fast nicht wieder: „Beschweren? Nein, lieber Junge, das hat keinen Zweck! Du bist nachher doch der Dumme. Diese Schurken leisten jeden Meineid; man wird dir oben nicht glauben, man wird alles gegen dich verdrehen. Komm her, ich helfe mit.“ Er holte grauen Zwirn und setzte sich neben mich, seine Stimme war flüsternd, aber sie war wie brennende Fackeln, die durch meine Nacht loderten: „Die graben sich ihr eigenes Grab ... nur nichts vergessen! Nach dem Kriege kommen wir darauf zurück und auf vieles andere auch noch! Es wird ein furchtbares Gericht über diese Armee kommen! Mit diesen Schweinen werden wir den Krieg verlieren!“



Plötzlich hören wir des Postens Stimme —

Das Gespräch bricht plötzlich ab ... ich schrecke auf; denn am Tor ist etwas los. Der Posten hat es geöffnet, kreischend und schwerfällig schwenken die Flügel herum. Mit einem Blick überfliegt der Schinder die Kompanie. Das Öffnen des Tores ist das Zeichen, das der Posten ihm gegeben hat: der Hauptmann ist draußen in Sicht gekommen. Plötzlich hören wir des Postens Stimme und sehen, wie er aufgeregt hin und her springt und sein Gewehr wie zur Abwehr quer hält ... Und jetzt unterscheide ich eine Frauenstimme ... ich höre Worte, in größter Erregung hervorgestoßen, aber ich verstehe sie nicht ... nun sehe ich sekundenlang die Frau ... sie trippelt vor dem absperrenden Posten hin und her ... der Posten ... Schicksal, seltsames Schicksal ... es ist der Grenadier Kalbfleisch ... es ist der Kamerad, der für Langer gekommen ist, — es sind auch noch mehr Menschen draußen ... ich sehe neugierige Gesichter für Augenblicke an der Mauerecke ... sie sehen uns an wie fremde Tiere ... „Paula! Kiek ... das ist se ...“, ein unterdrückter Jubelruf Adamcziks ... dann höre ich fernes Hufegeklapper ... das wird der Hauptmann sein. Der Posten ist in großer Bedrängnis ... was will die Frau? ... wer ist es? ... ich weiß nicht, wie es plötzlich so kommen kann, aber es flutet heiß über mein Herz hin ... „Schill-ge-schtann!“ brüllt da der Schinder ... der Bann ist gelöst ... die Kompanie kracht ... sie ist wieder leblos ... eine Betonwand ... der Spieß rennt vor die Kompanie ... mit dem Rücken zu uns hin, er haut mit uns die Hacken zusammen. Der Schinder ist äußerst nervös, er macht einige gewaltige Schritte in der Richtung auf den Posten zu, dann springt er wieder wie ein scheu gewordener Brauereigaul zurück, sein großes Maul klappt auf und zu, er ist ganz blaß, die Augen treten hervor ... die Situation hat ihn überwältigt, diesen jämmerlichen Schießscheibengeneral ... (Wird fortgesetzt.)

was doch „keinen Zweck“ habe, ist nicht stichhaltig. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, ist die so verbrachte Zeit zweifellos nützlicher angewandt, als wenn der Mann mißmutig herumsitzt.

Genau so schwierig und genau so notwendig wie die materielle Seite seines Lebens ist es für den Arbeitslosen, nicht geistig und seelisch völlig abzusinken. Und hier erwächst der Frau eine besonders große Aufgabe, denn oft hängt von ihrer Feinfühligkeit, ihrem Takt und ihrer Geduld das Schicksal des Mannes und damit der ganzen Familie ab.

So lebt die Frau des Arbeitslosen Monat um Monat in einem schweren Kampf um das Notwendigste und muß doch dabei noch den Sinn für Werte zu erhalten versuchen, die über dem Alltäglichen-Kleinlichen liegen. Millionen von Frauen und Müttern stehen heute vor dieser Aufgabe, und es gibt nur ein einziges Mittel, um ihnen wirklich zu helfen: Das ist die endliche Lösung der brennendsten Aufgaben der Gegenwart, endlich Brot und Arbeit für alle zu schaffen, die arbeiten wollen und arbeiten können. Elke.

## Das Fabrikmädchen

Schriß reißt der Wecker sie im Frühen aus schmalem Bett; aus Traumesqual, — wenn noch die Sterne im Verblühen, pfeift die Fabrik zum erstenmal.

Sie ist erst achtzehn, in den Ohren dröhnt immer der Maschinen Gang; nur manchmal lauscht sie traumverloren der Jugend zauberhaften Sang.

Dann sind die Augen feucht von Sehnen, — sie lauscht — und lauscht — und lebt einmal, — wie sich die jungen Glieder dehnen, — da — heult es auf zum zweitenmal.

Schnell fährt sie mit dem Eisenkamme durch's Haar — wie schnell der Traum zerrann — sie wärmt den Kaffee auf der Flamme und zieht die dürftigen Schuhe an.

Der Schnee liegt in den kalten Gassen, den dünnen Mantel zieht sie fest um ihren Leib, — die Hände fassen vom trocknen Brot den kargen Rest.

Und wenn sie dann auf die Sekunde ins graue Haus der Arbeit tritt, — dann schleppt sie gleich dem Kettenhunde schmerzhaft die eigene Schwere mit.

Dann ist sie Nummer ohne Namen, ein Kärtchen an der Stempeluhr; — und ist doch Blut und Fleisch und Samen der gottbegnadeten Natur.

Peter Riß.

Dienstmädchen. Resi ist Dienstmädchen bei Bobbs, und Frau Bobb ist mit ihr zufrieden wie noch niemals. Nach vierzehn Tagen kündigt Resi.

Frau Bobb fällt vom Mond und fragt entsetzt: „Warum?“ „Ja, der junge Herr hat schon eine Braut!“ schimpft Resi. Frau Bobb zetert mit dem Sohn: „Deinetwegen laufen mir alle Mädchen wieder aus dem Hause!“

Geschäftstüchtig. „Ich möchte ein paar Hosenträger haben!“ „Da habe ich hier sehr feine Träger, mein Herri! Das Beste, was es gibt! Die halten so lange wie sie leben!“ „Schön, packen Sie mir ein Paar ein!“ „Wollen Sie nicht gleich zwei Paar nehmen?“

Theater. Bei dem Theatordirektor Cerf beklagte sich ein minderwertiger Schauspieler nach einer Vorstellung, daß das Publikum ihm keinen Beifall spende. „Der Beifall gehört den andern“, sagte Cerf. „Ihnen gehört das Fallbeil.“

# Den Weg zur Einheitsfront

## zeigt der Vorstand des ADGB

Die Kommunistische Partei tritt an die sozialistischen Arbeiter und freien Gewerkschafter heran mit der Forderung, eine Einheitsfront zu bilden. Außerdem verbreitet die KPD in Versammlungen, Werkstätten und anderswo Listen, in die sich die Arbeiter für die Einheitsfront einzeichnen sollen.

Für die sozialistischen Arbeiter und freien Gewerkschafter ist die Forderung nach einer Einheitsfront eigentlich überflüssig. Denn sie haben die Einheitsfront nicht bloß längst gefordert, sondern auch schon längst geschaffen und gehalten. Sie haben die Spaltungsversuche der Kommunisten immer verurteilt und bekämpft. Sie haben alle die greulichen Beschimpfungen der Kommunisten über sich ergehen lassen, ohne geizig darauf zu antworten. Sie haben in ihren Versammlungen und Zeitungen jedes scharfe Wort vermieden gegen alle die Anschläge und Verunglimpfungen der Kommunisten. Dies aus der kühlen Überlegung heraus, daß sie ihrerseits die Kluft zwischen den Proletariern nicht vertiefen dürfen, weil sie ja alle zusammengehören und zusammenhängen müssen, wenn sie nicht einzeln hängen wollen.

Die Kommunistische Partei hat diese Haltung und Erwägung der sozialistischen Arbeiter mit noch toller Spaltungsversuchen und Beschimpfungen beantwortet. Sie hat nach wie vor jede Tat wie jede Schwäche der freien Gewerkschaften so ausgebaut, wie es die schlimmsten Reaktionäre tun. Sie hat all ihr Tun und Trachten darauf gerichtet, die Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben unmöglich zu machen und die überaus schwierige Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu „brandmarken“. Dieses die Einheitsfront glatt verheimlichende Manöver betreibt die KPD heute noch ebenso wie je. Wer daran zweifeln sollte, der lese die kommunistischen Blätter, die von Angriffen und „Brandmarkungen“ der sozialistischen Organisation und der freien Gewerkschaften strotzen. Auch heute noch!

Auch heute noch, wo alle Arbeiter, wo das gesamte Proletariat von seinen Todfeinden beispiellos schwer bedroht wird. Wo die Reaktion mit Hilfe der Nazis drauf und dran ist, das bischen, was von den proletarischen Rechten, Freiheiten und Lebensmöglichkeiten noch besteht, vollends zu vernichten. Trotz dieser Gefahr, die gar nicht ernst genug genommen werden kann, setzt die Kommunistische Partei ihre Angriffe auf die sozialistische Arbeiterschaft fort!

Gleichzeitig aber läßt die KPD an die freigewerkschaftlichen Leitungen Einladungen zur Bildung einer Einheitsfront ergehen. Es geht in Anbetracht des üblen Spiels der KPD mit den Gewerkschaften viel Überwindung dazu, eine solche Einladung entgegenzunehmen. Trotzdem haben es die freigewerkschaftlichen Leitungen getan. Sie tun dies aus der von ihnen von jeher vertretenen Ansicht heraus, daß die Einheitsfront eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine Notwendigkeit, die die freien Gewerkschaften stets zu erfüllen getrachtet haben. So hat sich denn auch der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner jüngsten Sitzung mit der Einladung zur Einheitsfront beschäftigt. Der Ausschuß hat die Einladung in aller Ruhe erörtert und sich dabei, was selbstverständlich ist, einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterschaft und von der Abwehr der großen Gefahr, vor der sie zur Zeit steht, leiten lassen. Das Ergebnis der Aussprache ist in der Entscheidung zusammengefaßt:

„Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht.

Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der KPD abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des ADGB seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen Arbeiterklasse den Weg zum Siege bahnt.

Um es zu wiederholen: Die Mindestbedingung zur Bildung der Einheitsfront ist der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Eine ganz selbstverständliche und ganz billige Bedingung. Denn man kann sich nicht mit jemand zusammenfinden, mit ihm kämpfen, wenn einer dieser Jemand ständig anspricht.

Das inbrünstige Sehnen der sozialistischen Arbeiter und Gewerkschafter nach einer Einheitsfront ist wohl begreiflich. Sie ist eine unbedingte Notwendigkeit. Sie ist das von den sozialistischen Arbeitern ernstlich gewollte Ziel. Ob dieses Ziel auch von der Kommunistischen Partei ernstlich gewollt wird, läßt sich leicht herausfinden. Man braucht fortan bloß ihr Verhalten und ihre Presse zu verfolgen. An ihrem Verhalten und in ihrer Presse läßt sich feststellen, ob die KPD die Einheitsfront wirklich will. Jeder Arbeiter kann diese Feststellung machen.

## Sitzung des Bundesausschusses des ADGB

Am 14. Juni 1932 trat der Bundesausschuß des ADGB zu seiner 7. Tagung in Berlin zusammen.

Leipart leitete die Beratungen mit einer Würdigung der Ereignisse der letzten Monate ein, seit die Gewerkschaften den Schrei nach Arbeitsbeschaffung erhoben haben. Er berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett Brüning, in denen mit großem Nachdruck von Seiten der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen zu den geplanten Notverordnungen Stellung genommen wurde. Die Regierung Brüning hat nach ihrem Sturz in einer besonderen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Programm zur Arbeitsbeschaffung für 600.000 Arbeitslose vorbereitet und auch die Finanzierungsfrage bereits geklärt habe. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften hatten die Gewerkschaftsvertreter nicht den Eindruck, daß die Pläne schon so weit gediehen wären, so nachdrücklich sich gerade die Gewerkschaften für die planmäßige Arbeitsbeschaffung eingesetzt haben. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften an ihrem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten. Sie wenden dieses Programm auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen wollen.

Über die programmatische Erklärung der neuen Regierung braucht kein Wort verloren werden. In diesem Kreise ist niemand, der den „neuen Kurs“ nicht auf das schärfste verurteilt. Ein neuer Wahlkampf steht bevor. Er wird mit größerer Heftigkeit geführt werden als je ein Wahlkampf bisher.

Es müssen selbstverständlich von der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte angespannt werden, denn es ist ein Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft. Die Erregung der Massen von Jahrzehnten stehen auf dem Spiele.

Leipart teilt mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der SAP an den Bundesvorsitzenden Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADGB, ließ es in dem Schreiben dieser Parteigruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteigruppen durch ihr Verhalten bewiesen hätten, daß sie ihren sinnlosen Angriffen gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken.

In der Aussprache wird diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteigruppen von der KPD bis zur SAP solange keine Rede sein, wie sich hinter der Formel von der „Einheitsfront“ nur eine andere Methode verbirgt, nach altem kommunistischen Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzudringen. Bei dieser Geschlossenheit der Gewerkschaften liegt die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse. Dieser Standpunkt schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften dem deutschen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft nicht, ein selbständiges Ob ließen werden.

Der große Ernst der politischen Situation wird in der Aussprache wiederholt betont. In den kommenden Kämpfen werde die Arbeiterbewegung ihre Macht bis zum Äußersten einsetzen müssen, um die Gefahr zu bannen, die ihr von dem

Regime der Reaktion drohe. Die Arbeiterschaft habe aber auch bewiesen, daß sie zu kämpfen wisse. Allseitig wird mit ruhiger Bestimmtheit die Überzeugung ausgesprochen, daß es der Arbeiterbewegung gelingen wird, die großen Kämpfe, denen sie entgegengeht, erfolgreich zu bestehen. Der Bereitschaft, alle Machtmittel der Arbeiterbewegung aufzubieten, wird mit größter Entschiedenheit Ausdruck verliehen.

Die Aussprache schloß mit der einstimmigen Annahme der vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung (die wir in der vorigen Nummer der MZ schon brachten).

## Einpruch gegen die Wählerliste und Wahlanfechtung bei der Betriebsratswahl

Gegen die Anfechtung einer Betriebsratswahl, die darauf gestützt wurde, daß die Wählerliste unvollständig gewesen und somit nicht alle Wahlberechtigten zur Wahl zugelassen seien, war geltend gemacht, daß der Beschwerdeführer die Wählerliste nicht bzw. nicht rechtzeitig angefochten habe. Damit sei das Recht entfallen, hierauf gestützt die Wahl selber anzufechten. Das Reichsarbeitsgericht hat diesen Einwand zurückgewiesen (RAG RB 75/31). Wenn die Wählerliste unrichtig oder unvollständig gewesen sei, so könne deswegen die Wahl angefochten werden, auch wenn wegen der Fehlerhaftigkeit der Listen nicht vorher gemäß § 3 der Wahlordnung beim Wahlvorstand Einspruch erhoben sei.

## Das wahre Ziel der Nazis!



## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhof 6750-6733

Mit Sonntag, dem 8. Juli, ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Juli 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

## Verbandsnachrichten

Fürstenberg a. O. Lokalgeschenk wird nicht gezahlt.

## Angestellten-Jubilare

### Albert Schöttle, Pforzheim

Albert Schöttle, Pforzheim, begeht am 1. Juli 1932 sein 25jähriges Dienstjubiläum. Er ist als Kind eines Goldarbeiters im Jahre 1873 in Pforzheim geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in der zweiten süddeutschen Goldarbeiterstadt Schwäbisch-Gmünd, wohin sein Vater übersiedelt war und wo er auch selbst wieder das Goldarbeiterhandwerk erlernte. Er hat sein Leben lang der Bewegung der Gold- und Silberarbeiter gedient. 1895 wurde er Mitglied des Gold- und Silberarbeiter-Verbandes und kam durch die Verschmelzung im Jahre 1900 zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Bei der großen Goldarbeiterbewegung im Jahre 1906 war Kollege Schöttle führend tätig. Seine erste Anstellung erfolgte als Kassengehilfe, und seit 14 Jahren ist er als Kassierer tätig, in allen Sparten der Verbands- und Büro-tätigkeit hat er erfolgreich gearbeitet. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit erfüllte er in der Arbeiterbewegung seine Pflicht. In der Partei war er hervorragend tätig. Auch in der freien Turnerbewegung stellte er seinen Mann. Ebenso hervorragend wirkte er in der Genossenschaftsbewegung, besonders in der Konsumgenossenschaft. Noch heute ist er Aufsichtsratsmitglied der Gmünder Ersatzkasse der Gold- und Silberarbeiter. Durch seine Tätigkeit hat sich der Jubilar das Vertrauen seiner Kollegen im vollsten Maße erworben. Möge unserem Jubilar noch Gesundheit beschieden sein, damit seine Kraft in den schwersten Zeiten dem Verbands noch recht lange erhalten bleibt.

### Paul Sandweg, Barmen-Elberfeld

Der Former Paul Sandweg ist ein echtes Proletariatskind, das die Not der Arbeiterklasse schon frühzeitig kennenlernte. Er ist am 5. Oktober 1875 in Barmen geboren. Kurz nach seiner Lehrzeit schloß er sich dem Zentralverband der deutschen Former an und kam nach Auflösung des Formerverbandes im Jahre 1901 zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. In dieser Zeit wirkte er opferwillig und mit Ausdauer ehrenamtlich für den Verband. Am 1. Juli 1907 betrauten ihn die Barmen Kollegen mit dem Amte eines besoldeten Beitragssammlers. Er begann also seine Angestellten-tätigkeit auf der schwierigsten Stufe der Verwaltungsarbeit. Dieses Amt hat er mit Geduld und Ausdauer viele Jahre verwaltet, bis dann im Jahre 1919 die Kollegen ihm den Posten des ersten Verbandskassierers übertragen. Als solcher amte er heute noch mit Fleiß und Umsicht. Nebenbei hat er in der Sozialdemokratischen Partei in unermüdlicher Kleinarbeit seine volle Pflicht erfüllt. Sandweg ist einer der im stillen arbeitenden Kollegen, die wenig Aufhebens von sich machen und die dafür durch das Vertrauen der Kollegen besonders geehrt werden. Mögen diese Zuneigungen ihm noch lange erhalten bleiben. Zu seinem Jubiläum die besten Wünsche!

## 25 Jahre Beitragskassierer

25 Jahre treppauf und treppab gegangen, um für die Organisation die Beiträge einzusammeln, ist wirklich ein Ereignis, das einer besonderen Beachtung wert ist. Unser Kollege Franz Grahl in Dresden beging am 1. Juli sein 25jähriges Jubiläum als Beitragskassierer. 1899 hatte er sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Er war zu der Zeit bei der Firma Seidel & Naumann als Metallarbeiter und in dem Betrieb als Funktionär für unseren Verband tätig. Als im Jahre 1907 die Dresdner Verwaltung ihre Organisation auf moderne Grundlagen stellte und die besoldete Beitragskassierung einführte, wurde Kollege Grahl mit dem Amte des Beitragskassierers betraut. Mit großer Geduld und Gewissenhaftigkeit hat er seitdem dieses Amt versehen. Wir wünschen unserem lieben Kollegen, der heute im 58. Lebensjahr steht, daß ihm Gesundheit und Kraft beschieden bleibe, noch einmal erfreulichere und bessere Zeiten in seinem harten Dienst zu erleben.

Der Kollege Arthur Adam in Dresden würde ebenfalls am 1. Juli sein 25jähriges Jubiläum als Beitragskassierer feiern, wenn nicht seine geschwächte Gesundheit ihn dazu zwingen hätte, am 1. September 1931 die Markentasche abzuhängen. Kollege Adam, der heute im 56. Lebensjahr steht, gehört unserem Verband seit 1898 an. Auch er war in seinen jungen Jahren langjähriger Verbandsfunktionär des Dresdner Großbetriebes von Seidel & Naumann. An diesem Tage wollen wir auch seiner gedanken und seine vollen Verdienste um unseren Verband würdigen. Wir wünschen dem Kollegen Adam für sein ferneres Leben alles Gute!

## Wahlgeheimnis und Anfechtung der Betriebsratswahl

Bei der Anfechtung einer Betriebsratswahl war behauptet worden, daß für eine Liste mehr Stimmen abgegeben seien, als der Wahlvorstand bei Auszählung der Stimmen festgestellt habe. Das Arbeitsgericht hatte den Beweis hierfür nicht als gelungen angesehen und die Ungültigkeitserklärung der Wahl abgelehnt. In der Rechtsbeschwerde war gerügt, daß das Arbeitsgericht es abgelehnt hatte, namhaft gemachte Zeugen über die Art ihrer Stimmabgabe zu vernehmen. Das Reichsarbeitsgericht hat die Stellung des Arbeitsgerichts gebilligt. Kein Arbeiter könne als Zeuge über seine Stimmabgabe bei der Betriebsratswahl vernommen werden. Das sei mit der vom Gesetz vorgeschriebenen geheimen Wahl unverträglich (RAG RB 46/31).



# Aus aller Welt



## Warnung vor Brasilien

Sao Paulo, Anfang Juni 1932.

In der Wiener Wochenzeitung „Übersee“ vom 6. Mai 1932 bieten sieben Schiffahrtsgesellschaften in großen Inseraten ihre Dienste für die Überfahrt nach Südamerika an.

Es ist verständlich, daß in der Zeit der Millionen-Arbeitslosigkeit die Blicke vieler Arbeitsloser auf Auswanderungsmöglichkeiten gerichtet sind. Auswanderungspropagandisten können unter solchen Umständen leicht Erfolg haben, wenn sie nur die von ihnen propagierte Auswanderungsmöglichkeit genügend günstig erscheinen lassen. Der Artikel der „Übersee“ ist ein Beispiel für viele, wie das gemacht wird. Es wäre aber schlimm, wenn Arbeitslose, die noch etwas ihr eigen nennen, dies zu Gelde machen, nach Brasilien kämen und hier ohne Hoffnung auf Heimkehr im Elend festsitzen müßten.

Denn Elend wäre hier fast mit Sicherheit ihr Los. Ich spreche zunächst nicht von den Löhnen; ich berichte, was darüber erst vor einigen Tagen der hiesige Deutsche Hilfsverein bekanntgab: „Die hier in den Jahren nach dem Kriege mittellose Ankommenden sind oft gezwungen, als ungelernete Arbeiter ihr Brot zu verdienen. Der ungelernete Arbeiter verdient aber z. Z. in Sao Paulo nur 800—900 Reis in der Stunde. Der gelernte Arbeiter (Maurer, Zimmermann, Tischler, Schlosser usw.) im Durchschnitt 1500 Reis. Die Arbeitszeit beträgt 8—9 Stunden. Bei Arbeiten im Freien fallen die Regentage aus. Der Arbeiter findet außerdem selten Dauerarbeit, 150 Arbeitsstunden im Monat dürften für den hiesigen Arbeiter ein Maximum sein. Demnach verdient der ungelernete Arbeiter im Monat höchstens 135 Milreis, der gelernte Arbeiter 225 Milreis.“

Eine Milreis (1000 Reis) sind 25 und 30 Pfennig. 135 Milreis sind also etwa 38 M und 225 Milreis etwa 63 M. Nun ist allerdings der Kaufwert der Milreis höher als man nach ihrem Wechselkurs annehmen könnte. Inländische Nahrungsmittel sind recht billig. Der Deutsche Hilfsverein, der auf einem kleinen Gute eine Anzahl Hilfsbedürftiger unterhält, konnte zuletzt mit Hilfe seiner Eigenerzeugung für Verpflegung mit einem Milreis je Kopf und Tag auskommen. Seine Unkosten sind in den letzten Jahren etwa im Gleichschritt mit der allgemeinen Nahrungsmittelverbilligung um ein Drittel geringer geworden. Nun kostete nach einer amtlichen Statistik vor zwei Jahren der Nahrungsbedarf einer fünfköpfigen Familie einschl. Feuerung 210 Milreis monatlich. Heute wird der dieser Berechnung zugrunde gelegte, damals als äußerst gering bezeichnete Nahrungsbedarf für 140—150 Milreis zu haben sein, also nicht für den Gesamtlohn des ungelerneten Arbeiters. Da von diesem Lohn aber auch noch andere Ausgaben zu bestreiten sind, wird die Ernährung in sehr vielen Fällen noch weit unter das Mindestmaß der Statistik heruntergedrückt.

Den Hauptposten der „anderen Ausgaben“ macht die Miete aus. Dafür veranschlagte die amtliche Statistik (also für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie) vor zwei Jahren 100 Milreis im Monat. Seitdem sind die Mieten niedriger geworden. In der Hauptstadt Rio de Janeiro und in dem fast ebenso großen Sao Paulo wird die Zahl der leerstehenden Wohnungen auf je über 10 000 geschätzt. Aber es ist kein echter Wohnungsüberfluß. Trotz der Mietsenkung können die Arbeiter anständige Wohnungen einfach nicht bezahlen. Im Stadttinnern können Arbeiter überhaupt nicht wohnen. Der Arbeiter kann nur weit außerhalb wohnen. Dort hat er eine billigere Miete, aber dafür den Zeitverlust durch die Fahrt zur Arbeitsstelle und zurück und deren Kosten zu tragen. Weit außerhalb sind die Wohnungen auf die Not der Arbeiter zugeschnitten; sie zahlen für ein Zimmer mit einem winzigen Küchenraum 40—50 Milreis, für zwei Zimmer mit kleiner Küche 80—100 Milreis. Da auch das für viele noch zuviel ist, so ist das Zusammenwohnen mehrerer Familien gang und gäbe geworden. In einer hiesigen Zeitung war kürzlich zu lesen: „Immer mehr Wohnungen werden leer und immer mehr Wohnungen bevölkern sich mit zwei, drei und oft mehr Familien, die auf engstem Raum, ohne jede Bequemlichkeit und Hygiene zusammengepfercht leben.“

Der Lohn der ungelerneten oder als ungelernete beschäftigten Arbeiter reicht nie, der Lohn der gelernten Arbeiter reicht kaum aus, Nahrungs- und Wohnungskosten zu decken. Nur sind aber auch Anschaffungen nötig: Kleider, Wäsche, Schuhwerk, Haushaltsgegenstände müssen von Zeit zu Zeit ersetzt werden. Und das alles ist infolge der Hochschutzzollpolitik sehr teuer. Es ist meist sogar in Mark umgerechnet und mit deutschen Preisen verglichen teuer. Um wieviel teurer ist es erst, verglichen mit den hiesigen Löhnen! Es ist also kein Wunder, daß die Arbeiter hier so dürrig gekleidet sind und daß Blechdosen, die als Warenverpackung dienen, eine so große Rolle als Haushaltsgegenstände spielen. Und dabei sind die dürrigsten Anschaffungen sehr oft erst möglich durch die weite Verbreitung der schlechtest bezahlten Frauenarbeit und der kulturwidrigen Kinderarbeit.

Aber trotzdem: glücklich, wer wenigstens diese karge Existenz hat! Keine Arbeitslosigkeit? Nun, es gibt nicht mehr so viele wie Ende 1928. Aber z. B. waren von den 40 000 geprüften Berufs-Chauffeuren in Sao Paulo Anfang dieses Jahres nur noch 50 000 im Dienst. Die anderen haben „umgesattelt“ — wenn sie konnten. Im Jahre 1928 wurden in Sao Paulo insgesamt 7000 Häuser fertiggestellt und 1930 weniger als 3000. Die Zahl für 1931 ist noch nicht bekannt, man weiß aber, daß sie noch geringer sein wird. Und gegenwärtig sieht man nur ganz wenig Bauten, an denen gearbeitet wird. Also haben auch die Bauarbeiter „umsatteln“ müssen. Andere Industrien, so z. B. die sehr ausgedehnte Textilindustrie, sind z. Z. sehr beschäftigt. Aber die Arbeiter betonen: zur Zeit!

Der Arbeitsmarkt für deutsche Arbeiter spiegelt sich in der Statistik des Deutschen Hilfsvereins: 1929 = 877, 1930 = 1501, 1931 = 1504 Arbeitsuchende. Der Verein hatte 1931 nur 229 Stellen zu besetzen, 1275 Arbeitsuchenden konnte er nicht helfen.

Noch einige andere Angaben mögen an Stelle der fehlenden amtlichen Arbeitsmarktstatistik die Lage beleuchten. Das Nachtasyl in Sao Paulo wurde 1928 von 17 800, 1929 von 19 145, 1930 von 25 410 und 1931 von 42 503 Obdachlosen in Anspruch genommen. Dazu schrieb ein hiesiges Blatt im vorigen Monat: „Das Bild dieser Entwicklung gestaltet sich noch trauriger, wenn man an die Hunderte von Obdachlosen denkt, die allnächtlich im Freien, in den Anlagen, auf einer Bank, in einem Hauseingang, unter einem Brückenbogen, vor einem Kirchenportal schlafen.“ Ein Bericht aus Rio de Janeiro, ebenfalls aus dem vorigen Monat, sagt: „Die Zahl der Arbeitslosen, die vom Hunger getrieben, sich kleiner Diebstähle schuldig machen oder die vor Hunger auf der Straße zusammenbrechen und ins Hospital gebracht werden müssen, hat in den letzten Monaten täglich zugenommen. Auf den Bahnhöfen, unter Brücken und Durchgängen, in Mauernischen und Hauseingängen, aber auch mitten auf dem Bürgersteig oder Bahnsteig, in den leeren Waggons der Zentralbahn, die auf den

Verschiebgleis übernachten, kurz, überall, wohin nicht gerade der hellste Schein einer Straßenlaterne fällt, trifft man nächtlicherweise elende, in Lumpen gehüllte Gestalten, deren Aussehen darauf schließen läßt, daß sie schon lange kein richtiges Essen mehr in den Leib bekommen haben. Irgendwelche ausreichende Hilfe für die große Zahl dieser armen Menschen ist bis jetzt — außer der Gründung eines Nachtasyls — nicht in die Wege geleitet worden.“

Die Verminderung der Arbeitslosenzahl ist nicht zum wenigsten durch die Verschickung von Zehntausenden Arbeitslosen auf Landarbeit erreicht worden. Über die trostlose Lage des Landproletariats muß ein andermal berichtet werden. Jedenfalls ist für die städtischen Arbeitslosen weder als Landarbeiter noch als Neusiedler Hilfe zu schaffen. Verzweifelt, elender als zuvor, sind bereits Tausende der aufs Land Verschickten zurückgekehrt. War die ewige Arbeitsnot der Fazendeiros durch die Arbeitslosenverschickung eine Weile behoben, ja, konnte schon von einem Überfluß gesprochen werden, so hat sich die Lage durch die Abwanderung bereits wieder ins Gegenteil verkehrt. Sogar die bedürfnislosen, durch eine fürchterliche Dürre vertriebenen Landarbeiter aus den Nordstaaten flüchten zurück, obwohl die Dürre daheim anhält. Deutsche Arbeiter sind noch viel weniger imstande, das Leben als Landarbeiter zu ertragen.

Rejk

## Japanische Kriegspläne gegen Rußland

Die jüngsten Vorfälle in Japan, die den Leitern der Armee zu einer diktatorischen Macht in Japan verhalfen, gaben den Vermutungen neue Nahrung, daß in Japan ein Krieg gegen Rußland geplant wird, mit der Absicht, die ostsibirische Provinz Sowjetrußland zu entreißen. Der englische „Economist“ beschäftigt sich lebhaft mit den Möglichkeiten dieses Krieges und schildert die Lage etwa folgendermaßen:

Japan hat in der Mandchurei einen Vorstoß gegen Rußland bereits unternommen. Die ostchinesische Eisenbahn in der Nordmandchurei, die vor dem Krieg mit russischem Kapital gebaut und von Rußland allein verwaltet wurde, steht in der Nachkriegszeit in der gemeinsamen Verwaltung Rußlands und Chinas. Als im Jahre 1929 die Machthaber der Mandchurei Rußland von der Verwaltung dieser Eisenbahn verdrängen wollten, wurden sie von den russischen Streitkräften, die gegenüber China in starker Übermacht waren, bald zum Rückzug gezwungen, so daß Rußland die Eisenbahn zusammen mit Chinesen weiter verwalten konnte. Diese Eisenbahn ist für Rußland von sehr großer Bedeutung. Zwar verfügt Rußland auch über eine andere Verbindung nach Ostsibirien oder nach dem Stillen Ozean, mit Wladiwostok als Hafenstadt, jedoch beansprucht diese Verbindung eine zweimal so lange Fahrtdauer wie der Transportweg auf der ostchinesischen Eisenbahn und führt über schwach besiedelte Gebiete.

Als nun japanische Streitkräfte die Mandchurei überrannten und dort kürzlich eine „Scheinrepublik“ aufrichteten, haben sie sowjetrussische Interessen verletzt. Sie nahmen die in der Nordmandchurei lebenden zahlreichen russischen Weißgardisten in ihren Dienst und begünstigten sie in jeder Weise. Auch verletzten sie die Rechte Rußlands auf die ostchinesische Eisenbahn gerade so, wie 1929 die chinesischen Machthaber der Mandchurei.

Welchen Weg wird nun Japan gegen Rußland einschlagen? Der eine Weg wäre der Ausbau einer zweiten Eisenbahn in der Nordmandchurei, die ihre Endstation auf der nördlichen Seite der koreanischen Küste haben soll. Der Ausbau einer solchen Eisenbahn wäre um so leichter, da mehrere Teile dieser Strecke bereits ausgebaut sind. Diese Eisenbahn hätte für Japan eine große strategische Wichtigkeit, weil sie die Verbindung zwischen Japan und der Mandchurei, die heute umständlich und nicht ungefährlich ist, sehr erleichtern würde. Rußland wäre aber durch den Ausbau dieser Eisenbahn wirtschaftlich sehr geschädigt, da der Verkehr, der bisher über Wladiwostok, dessen Hafen nicht eisfrei ist, abgewickelt wurde, von einem koreanischen Hafen übernommen werden könnte, so daß der

mandschurische Durchgangsverkehr für Rußland verloren ginge. Auch würde die Inbetriebhaltung der darin vom Verkehr entblöhten ostsibirischen Eisenbahn sehr erschwert sein.

Dieser Weg sei für Japan vorteilhaft. Das jedoch schließe keineswegs aus, daß sich Japan für einen Krieg gegen Sowjetrußland zur Eroberung der ostsibirischen Provinz entschließt. Der Besitz dieser Provinz sei Japan weniger als Siedlungsgebiet als aus militärischen Gründen erwünscht. Das japanische Meer würde nach Eroberung Ostsibiriens und des Küstengebiets am Stillen Ozean zu einem geschlossenen „See“, gerade so wie das Adriatische Meer nach Eroberung Albaniens zu einem italienischen wurde. Außerdem könnte nach Eroberung dieser Provinz die mandschurische Beute besser gesichert werden. Zur Ausführung dieses Planes bräuchte Japan den Krieg an Rußland nicht zu erklären, vielmehr könnte es gegenüber Sowjetrußland ebenso verfahren wie gegen China in der Mandchurei: es könnte durch die russischen Weißgardisten in Ostsibirien einen Aufstand anzetteln und nach dem mandschurischen Beispiel auch dort eine russische Scheinrepublik unter japanischer Herrschaft errichten.

Nun hat die japanische Armee zur Zeit noch in der Mandchurei voll zu tun, da ihr dort die Truppen des ostchinesischen Generals Ma unerwarteten Widerstand leisten. Es wird Zeit verstreichen, bis dieser Widerstand besiegt werden wird, während der Sowjetrußland seine militärischen Kräfte in Ostsibirien weiter verstärken kann. Rußland kann im Kriegsfall auf die Sympathien der in Ostsibirien lebenden zahlreichen Chinesen und Koreaner rechnen. Die Haltung der Vereinigten Staaten in einem solchen Krieg ist im voraus nicht zu berechnen. So sehr sie den japanischen Angriff auf die Mandchurei bekämpfen, ebenso freudig würden sie vielleicht einen Krieg gegen das verhaßte Sowjetrußland begrüßen — wenn sie andererseits den japanischen Machtzuwachs am Stillen Ozean nicht mit Argwohn sehen würden.

Im Dunkel bleibt die Haltung Frankreichs im Falle eines Angriffs auf Sowjetrußland. Das französische Rüstungskapital soll umfangreiche Kriegslieferungen an Japan durchgeführt haben. Unter solchen Verhältnissen sind die Stimmen, die von einer bestehenden Kriegsgefahr reden, zweifellos berechtigt.

## Der tschechische Verbandstag

J. B. Der Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik hielt vom 11. bis 13. Juni in Prag seinen Verbandstag ab. Es waren 168 Delegierte erschienen; die ausländischen Bruderverbände waren trotz der Krise stark vertreten. Unter anderen waren erschienen für den Internationalen Bund Gen. Ilg und für den deutschen Bruderverband Gen. Tost. Die ausländischen Vertreter wurden stürmisch begrüßt und der Verbandstag beschloß eine Solidaritätskundgebung an das Proletariat Deutschlands, Österreichs, Italiens, Rumaniens, Polens, Jugoslawiens und Finnlands.

Den Bericht des Sekretariats erstattete Gen. Kadlec. Er verwies besonders auf die steigende Arbeitslosigkeit unter den tschechoslowakischen Metallarbeitern. In 295 erfaßten Betrieben ging die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter vom 1. Juli 1930 bis 31. Dezember 1931 von 156 739 auf 125 652 zurück. Damit ist aber bei weitem nicht die gesamte Arbeitslosigkeit erfaßt, da in weitgehendstem Maße Kurzarbeit bis zu 24 Stunden herunter geleistet wird, während nur etwa 10 bis 12 vH der Mitglieder voll arbeiten. Gleichwohl hat aber der Verband die notwendigen Kämpfe geführt. In den drei Berichtsjahren wurden 381 Lohnbewegungen geführt, welche 361 023 Beteiligte erfaßten. Von den Bewegungen endeten 361 mit 339 526 Beteiligten erfolgreich oder teilweise erfolgreich, 20 mit 21 497 Beteiligten ohne Erfolg. Hier handelt es sich meist um wilde Demonstrationstreiks, die von den Kommunisten, begonnen wurden. In den Betrieben ist der Verband gut vertreten. In 297 Betrieben, die 140 151 Arbeiter beschäftigten und wo insgesamt 1659 Mandate zu besetzen waren, hat der Verband 973 oder 58,6 vH, die Kommunisten 213 usw.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes sind in ständigem Anstieg begriffen. Die eigenen Einnahmen des Verbandes stiegen von 1929 bis 1931 von 11,6 auf 16,3 Millionen Kronen. Mit dem Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung, den der Verband auszahlt und dann vom Ministerium für Soziale Fürsorge zurückerstattet bekommt, ist die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben noch beachtlicher. Von 1929 bis 1931 sind die Einnahmen von 12,4 auf 53 Mill. Kronen gestiegen, die Ausgaben von 8,6 auf 45 Millionen Kronen. In der letztgenannten Summe sind jedoch die vorschußweise ausgezahlten und noch nicht verrechneten Beträge für Arbeitslosenunterstützungen mit rund 7 Mill. nicht enthalten, so daß tatsächlich gegen 52 Mill. Kronen Ausgaben zu verzeichnen waren, wovon 46,7 Millionen auf Unterstützungen und hier wieder rund 42 Mill. auf Arbeitslosenunterstützungen entfallen.

Mit den die Arbeit aussetzenden Kurzarbeitern unterstützt der Verband gegenwärtig durchlaufend rund 35 000 seiner Mitglieder oder die volle Hälfte. An Streikunterstützungen wurde im Vorjahre rund eine Million bezahlt, an anderen Unterstützungen über 1,5 Millionen. Die Verbandsorgane erfordern fast eine Million, da ein tschechisches, deutsches, slowakisches, polnisches und ungarisches Blatt herausgegeben werden muß. Da Verbandsvermögen hat keine große Veränderung erfahren, es betrug Ende 1931 insgesamt 20 868 000 Kronen.

Gen. Hampl hielt einen Vortrag über die Wirtschaftskrise. Unter dem Beifall des Verbandstages stellte Gen. Hampl in Übereinstimmung mit den Metallarbeiterorganisationen anderer Länder fest, daß trotz aller Differenzen, die uns von den Kommunisten trennen, die Metallarbeiter sich ganz energisch gegen alle kriegerischen Experimente und besonders gegen einen Überfall auf Rußland, im Inland dann gegen alle inflationistischen Versuche wenden würden.

Über die sozialpolitische Gesetzgebung sprach Gen. Kadlec. Es wurde hierbei insbesondere die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche wiederholt. Für die Hütten- und Walzwerke wird das Vierschichtensystem gefordert, sodann eine Verlängerung des bezahlten Urlaubs auf 14 Tage, für Jugendliche auf 3 Wochen, ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei den Entlassungen aus der Arbeit und die Schaffung eines besonderen Gesetzes gegen willkürliche Betriebsstilllegungen, Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezüge der Altersversicherung von 65 auf 55 Jahre, Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, eine weitere Verbesserung des Genter Systems durch Erhöhung des Staatsbeitrages auf das Sechsfache der Gewerkschaftsunterstützung (gegenwärtig das Vierfache) und die Schaffung eines außerordentlichen Notfonds für die Unterstützung der Arbeitslosen, der durch Beiträge der Unternehmer gespeist werden soll.

Namens der ausländischen Delegierten dankte sodann Gen. Tost für die freundliche Aufnahme und erklärte, daß der Verlauf der Verhandlungen in ihnen die Überzeugung gefestigt habe, daß auch in der Tschechoslowakei ein Metallarbeiterverband wirke, der wirksam in die uns bevorstehenden schweren Kämpfe eingreifen werde.



# BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

## BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN

**Zentrale:** S 14, Märkisches Ufer 52 und Wallstraße 62, 65  
**Depositenkasse:** SW 68, Lindenstr. 3  
**Filialen:** Bochum, Viktorstr. 48. Braunschweig, Oelschläger 29. Bremen, Nordstr. 43. Breslau, Margaretenstr. 17. Dortmund, Münsterstraße 53. Dresden, Maxstraße 17. Essen, Huyssenallee 82. Frankfurt a. M., Bürgerstr. 69-77. Hamburg, Besenbinderhof 59. Hannover, Nikolaisstr. 10. Köln a. Rh., Severinstr. 230. Leipzig, Zeitzer Str. 28. Liegnitz, Blomstr. 4. Lübeck, Königstr. 108. Magdeburg, Gr. Müntzstr. 2. München, SO 7, Postlorenzstr. 40-42. Saarbrücken, Brauerstr. 6. Stuttgart, Kronenstr. 24.

### Das neue Heim des ZdA

Der Zentralverband der Angestellten (ZdA) hat im letzten Jahrzehnt eine sehr gute Entwicklung durchgemacht. Mit 203 489 Mitgliedern gegenüber 150 000 1926 gehört der ZdA zu den größten Gewerkschaften überhaupt. Die Zentrale war bisher in einem Mietshaus mit schlechten Büroverhältnissen untergebracht. Unter günstigen Bedingungen wurde ein Geschäftshaus in Berlin, Potsdamer Straße 75, erworben. Drei Stockwerke des Gebäudes sind als Büroräume für den ZdA umgebaut. Der Architekt hat seine Aufgabe glänzend gelöst. Helle freundliche Räume ohne jeden Prunk wurden geschaffen. Der ZdA kann über eine glänzende Entwicklung berichten. Neben den großen bürgerlichen Verbänden hat er sich gut behauptet. Die Krise hat ihm noch nicht viel anhaben können. Wir sind davon durchdrungen, daß diese Angestelltenorganisation sich auch in der Zukunft überall durchsetzen und weiter gut entwickeln wird. Das neue Heim soll und muß Ausgangspunkt weiterer Erfolge sein. Soweit Angestellte, männliche oder weibliche, den Reiben der organisierten Arbeiter entstammen, ist es ihre Pflicht, dem ZdA beizutreten und dadurch dessen zukünftige Entwicklung sichern zu helfen.

### Je Einwohner 0,96 Paar Schuhe

Trotz der Billigkeit von Schuhwaren läßt der Absatz zu wünschen übrig. Die hohe Arbeitslosigkeit der Schuhmacher kennzeichnet die Krise. 1931 wurden von der deutschen Leder- und Schuhindustrie 65,6 Millionen Paar Schuhe erzeugt. Unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr kann ein Inlandsverbrauch von rund 62 Millionen Lederschuhe angenommen werden. Das sind je Kopf der Bevölkerung 0,96 Paar. Ein für ein Kulturvolk äußerst niedriger Schuhverbrauch. 1930 betrug der Verbrauch noch 1,04 und 1927 1,24 Paar. Der Rückgang der Produktion hat sich im Jahre 1932 in verstärktem Maße fortgesetzt. Die deutsche Schuhindustrie dürfte überhaupt keine Arbeitslosigkeit kennen, wenn es der Bevölkerung möglich wäre, sich das nötige Schuhwerk anzuschaffen.

### Eine „zeitgemäße“ Witwenpension

Das sattsam bekannte Stahlwerk Becker in Willich bei Kréfeld ist im April dieses Jahres stillgelegt worden, angeblich aus Mangel an Mitteln, obwohl die Löhne nach Strich und Faden gekürzt worden sind. (Die MZ hat im Vorjahr eingehend über die Vorgänge berichtet.) Was aber trotz der „Mittellosigkeit“ alles möglich ist, beweist ein Vorgang in der letzten Hauptversammlung der Aktionäre der Gesellschaft, über den die Zeitungen folgendes berichteten:  
 Beim Vorliegen des Geschäftsberichts wies der Aktionär Stoltenhoff, Köln, darauf hin, daß bei seiner Anfechtungsklage gegen die Beschlüsse der Generalversammlung vom April 1930 ein Vertrag zwischen der Gesellschaft und der Familie Becker bekanntgeworden sei, wonach nicht nur auf alle Regressansprüche (Ersatzforderungen) verzichtet, sondern der Witwe Becker eine jährliche Rente in Höhe von 60 000 Mark zugesichert worden ist, und zwar auf Lebenszeit. Da dies auch der neuen Verwaltung bekanntgeworden sei, frage er die Aktionäre, welche Schritte die Verwaltung in dieser Angelegenheit unternommen habe.

Von der Verwaltung wurde hierzu mitgeteilt, daß die damaligen Verhältnisse bei der Gesellschaft so verworren gewesen seien, daß eine „Sanierung“ nicht hätte durchgeführt werden können, wenn man „all diesen Dingen hätte nachgehen wollen“. Die Sanierung sei im Interesse der Allgemeinheit durchgeführt worden. Wie üblich, sei der Pensionsvertrag vom Vorstand abgeschlossen worden; der Aufsichtsrat habe hierbei nicht mitgewirkt. Auf die Bemerkung des unbefugten Aktionärs, daß die Michel-Gruppe seinerzeit das Aktienpaket der Familie Becker erworben habe und daß unter ihrem Einfluß der Vertrag mit der Familie Becker zustande gekommen sei, beantragte der Aufsichtsratsvorsitzende — eine weitere Erörterung der Angelegenheit nicht zuzulassen.

Der Vorgang beweist aber wieder einmal, daß nicht die „überhöhten“ Löhne die Ursache der Unrentabilität der Werke sind, sondern daß die wirkliche „Vorbildung“ der Unternehmungen zu suchen ist in den riesigen Gehältern der leitenden Personen, den Einkommen der Besitzer und ihrer Angehörigen sowie allerhand anderer Schmarotzer, für die der Schweiß der Arbeiter in „Tantiemen und Revenuen“ umgemünzt wird. Die „Anpassung an die Armut der Nation“ spiegelt sich in der Überbezahlung der leitenden Personen wider, die meist im umgekehrten Verhältnis zu ihren Leistungen steht und gegenüber den Löhnen der Arbeiter aufreizend wirkt. Daß die deutsche Wirtschaft bei den riesigen Löhnen, die sich ihre Führer bewilligen, mit der Zeit in Grund und Boden „gewirtschaftet“ wird, ist leicht zu begreifen. Jahreseinkommen bis zu mehreren hunderttausend Mark finden diese Leute als „der Not der Zeit angepaßtes Einkommen“, während auf der anderen Seite die Löhne seit 1929 um 30 bis 50 vH gesenkt wurden, von den dauernden Schmälerungen des Einkommens der Erwerbslosen, Kriegs- und Sozialrentner gar nicht zu reden.

### Bilanz einer wirtschaftlichen Großmacht

Im Zentralverband Deutscher Konsumvereine sind 966 Konsumgenossenschaften vereint. Diesen gehörten am letzten Jahresende 302 Millionen Haushaltungen an, gegen 3,05 Millionen am Anfang des Jahres 1931. Dieser Verlust ist zum Teil auf die Beringung der Mitgliedlisten zurückzuführen. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ging 1931 von 1212 Millionen auf 1047 Millionen Mark zurück. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ermäßigte sich um 397 auf 347 M. Hierin offenbart sich die durch die Krise erzwungene Einengung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.  
 Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften gingen in dem verflorenen „Unglücksjahr“ ebenfalls zurück. Dadurch wurden den Genossenschaften die Betriebsmittel zum Teil entzogen. Während aber die öffentlichen Sparkassen, die Banken usw. für die durch die Finanzkatastrophe herbeigeführten Verhältnisse vom Reich eine wesentliche Unterstützung bekamen, mußten die Konsumgenossenschaften sich aus eigener Kraft aus der Katastrophe herauswinden. Trotz der Not und der Krisenwirkungen wurde die Grundlage und das Gefüge der Konsumgenossenschaften nicht erschüttert. Nach wie vor sind sie eine wirtschaftliche Großmacht ersten Ranges. In dem Jahresbericht



**GEG-FLEISCH- U. WURSTWAREN**  
 werden ohne Gewinnabsichten in den modern eingerichteten GEG-Fabriken hergestellt. Sie sind gütig hervorstechend, also gehaltvoll und delikat, dabei billig!  
**Nur in Ihrem Konsumverein!**

des Zentralverbandes wird dies mit folgenden Worten festgestellt:

„Die durch den Zentralverband verkörperte Verbraucherbewegung hat sich im Laufe von drei Jahrzehnten in der deutschen Volkswirtschaft eine Achtung gebietende Stellung erworben. Aus eigener Kraft und nach eigenen Grundsätzen schufen sich die vom Gemeinschaftsgeist erfüllten milderbemittelten Verbraucher eine eigene Wirtschaft.“ Der Bericht enthält auch lehrreiche Angaben über die Entwicklung der Großbeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Diese hatte im Jahre 1931 ein Umsatz von 428 Mill. gegen 495 Mill. im Vorjahr. Die Stellung der GEG als Produktionsunternehmen geht daraus hervor, daß im verflorenen Jahre Waren im Wert von 145 Mill. M in eigenen Betrieben hergestellt wurden. Im Jahre 1913 betrug die Eigenherstellung erst 10 Millionen und 1925 35 Millionen.

Es ist also ein erfreulicher Ausbau der GEG als Produktionsunternehmen vorgenommen worden. Die Erzeugnisse der GEG haben einen vorzüglichen Ruf. Alles in allem: Die Konsumgenossenschaften haben die Krise bisher überstanden, trotzdem sie doppelt darunter zu leiden hatten. Wir wollen sie darin bestärken, daß sie auch fürderhin eine wirtschaftliche Großmacht bleiben.

### Soziale Wohnbautätigkeit

Eine der erfolgreichsten Wohnbaugesellschaften dürfte die Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-AG (Gehag), Berlin, sein. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 liegt jetzt vor. Zwar konnte die Gehag nicht wie in den verflorenen Jahren mit Rekordziffern aufwarten, aber trotz aller Schwierigkeiten sind im Jahre 1931 noch 913 Wohnungen fertiggestellt und 387 in Bau genommen. Im Vorjahre 3046 und 1812. Man beachte die finanziellen Schwierigkeiten, die im vorigen Jahre zu überwinden waren. Viele Baugesellschaften sind dabei bankrott gegangen. Für 1931/32 beträgt das Bauprogramm der Gehag 731 Wohnungen. Diese Baugesellschaft der freien Gewerkschaften widmet sich hauptsächlich dem Bau von Kleinwohnungen. Sie veranstaltete zur Förderung eine Kleinwohnungsausstellung, die der Gehag viel Freunde brachte. Ein neues Aufgabengebiet hat die Gehag mit ihrer Beteiligung an der vorstädtischen Kleinsiedlung für Erwerbslose übernommen. Zwei Siedlungsvorhaben mit 342 Siedlerstellen wurden durchgeführt.

Die Gehag arbeitet in engster Verbindung mit der Arbeiterbank, die in diesem Jahre nicht nur als Zwischenkreditgeber, sondern auch als Bauherr auftritt. Der Geschäftsbericht schließt mit einem Gewinnüberschuß von 74 000 Mark ab. Eine Dividende in Höhe von 5 vH kommt zur Ausschüttung. Liest man den Geschäftsbericht der Gehag durch, so strömt einem ein zuversichtlicher Optimismus trotz alledem entgegen. Wir möchten wünschen, es wäre in der Wirtschaft überall so.

# Auf der ganzen Welt

nimmt man für Zigaretten über 5 Pfg. edle, echt macedonische Tabake. Wir nehmen sie auch für **CLUB 3½**, denn gute macedonische Tabake sind eben nicht zu ersetzen.



### SCHRIFTENSCHAU

**Grundlagen der Elektrotechnik.** Von Zivil-Ing. H. Bessert. Schneidmühl. Selbstunterrichtswerk nach dem Lehrsystem Karmack-Hachfeld. Neun Unterrichtsbücher à 1 M. Verlag Borms & Hachfeld, Potsdam, Am Neander Tor 3. Das Werk führt in die Elektrotechnik ein. Der Stoff ist nach Lehrstunden eingeteilt und jeder Brief leitet planvoll den Lehrgang weiter. Zunächst werden die schon in der Physik kurz behandelten Gesetze über Reibungsélectricité besprochen, dann zu den Grundgesetzen der stromenden Elektrizität übergegangen und in der Folge die Gesetze des Magnetismus, der Magnetfunktion und Elektromotoren behandelt. Weiterhin werden die Grundlagen des Wechselstroms, der Gleich- und Wechselstrommotoren einschließlich der Transformator erklärt und zum Schluß das Wesen der Kraftübertragung erläutert. Die verschiedenen Anwendungen des elektrischen Stromes in der Stark- und Schwachstromtechnik werden eingehend dargestellt. Das Werk dient dazu, die Kenntnisse des Fachmannes zu vertiefen und zu festigen, ist aber durchaus geeignet, dem in-

telligenten Laien das Wesen der Elektrotechnik verständlich zu machen. Die durchaus leicht faßliche Darstellung ist doch von vollkommener wissenschaftlicher Exaktheit. Die leichtverständlichen Darstellungen werden durch klare, gut gezeichnete Abbildungen ergänzt.  
**Berechnungstabell für die Anwartschaftszeit (Schalt- und Nichtschaltjahr).** Preis je Tafel 50 Pf. Die Tafeln sind ein willkommenes Hilfsmittel für alle, die mit den Anwartschaftszeitenberechnungen zu tun haben. Verlagsanstalt Ernst Maschke, Freiberg in Sachsen.  
**Wirtschaft moderner sozialistischer Kautzbindel.** Von Dr. Heinz Paechter. Preis 20 Pfennig. E. Lankische Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin W 30. Der Verfasser schildert an Hand der Praxis die Verwirklichung sozialistischer „Ideen“ und gibt damit zugleich eine Anwartschaftsrechnung mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm. Überall heißt man auf das Wunder einer diktatorischen Wirtschaftsführung. Hier wird sachlich dargestellt, welche Grenzen die Diktatur in der Wirtschaftsgesetzgebung findet. Auf diesem Gebiet muß die Diktatur versagen. Helica ist der beste Beweis.

**Für nur M. 24,50**  
 erlesen Herren von mir  
**Kaufmannslehre**  
 Größe 44 bis 54 franco  
 gegen Nachnahme. Kein  
 Risiko. Bei Nichtgefallen  
 Unkosten gesteuert evtl.  
 Geld zurück.  
 Friedrich Mühlstein  
 Himmels-Haus

**Billige böhmische Bettfedern**  
 — Nur reine gutfüllende Sorten —  
 Ein kg geschlossene Mk. 2,50,  
 halbweise Mk. 3,—, weiße Mk. 4,—,  
 bessere Mk. 5,—, 6,—, daunenweiße  
 Mk. 7,—, 8,—, beste Sorte Mk. 10,—,  
 12,—, weiße ungeschlossene, Ruffedern  
 Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50.  
 Versand franco zollfrei, gegen Nachn.  
 Beschriftet Sachsel. Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

**ES-Betten**  
 Spezial: Halb-Schleifen,  
 Klappbett, Chaiselonge,  
 Federbetten, Bettstellen,  
 etc. Preis, Katalog, etc.  
 Versand franco, Best.  
 E. S. B. B. B. B.

**Elektromeister- und Radiofernschule**  
 Prospekt 8 frei. Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 5d  
**Kauft bei den Inserenten unseres Blattes**  
**ALLES BILLIGER!**



**Photo-Post**  
 sendet dem Einsender dieser Anzeige **KOSTENLOS** sein  
**4 Pfd. PHOTO-PAKET**  
 mit den neuesten Prospekten B 11  
**PHOTO-POST Nürnberg-A 911**  
 der Welt größte Photoausstellung